Einzelpreis 30 Pf. Halle, Montag, den 30. August 1920. 31. Jahrgang · Nr. 202

Verlag u. Geschäftsstelle: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernruf 1047. Geöffnet von 7½ Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags. Postscheckkonto: Leipzig 105693. Hermann Schade

Volksblatt

Schriftleitung: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernruf 1045. Sprechzeit: Nur werktags von 12 bis 1 Uhr mittags.

Sozialdemokratisches Organ für Halle und den Bezirk Merseburg.

Bezugspreis: Frei Haus monatl. 6 Mark, vierteljährl. 18 Mark; durch die Post bezogen monatl. 6 Mark, ohne Zustellungsgebühr.

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Anzeigen bis morgens 9 Uhr erbeten, größere tags vorher.

Anzeigenpreis: 60 Pf. für den Millimeter Höhe u. Spalte; 250 Pf für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textseitenteil.

Nieder mit der Weltreaktion!

Kundgebung der Metallarbeiter-Internationale.

Der Internationale Metallarbeiter-Kongreß in Kopenhagen nahm folgende Entschließung an:

Zum ersten Internationalen Kongreß nach Kriegsbeendigung zusammentretend, entbieten die Delegierten der Metallarbeiterorganisationen von 11 Ländern ihren Kollegen und dem übrigen gewerkschaftlichen und sozialistischen Proletariat brüderlichen Gruß.

Der 8. Internationale Metallarbeiter-Kongreß verurteilt den Krieg und erklärt, daß jeder Krieg zerstörend wirkt, daß der Krieg die Bestrebungen der kapitalistischen Klassen und Regierungen, die Herrschaft des Kapitalismus zu festigen und zu verlängern, offenkundig macht. Der Kongreß verurteilt jede Besetzung eines Landes, jede offene oder versteckte Intervention oder Einmischung der Regierenden eines Landes in das Recht der Völker, selbst die Form ihrer Verfassung und ihrer Regierung zu bestimmen.

Der Kongreß verurteilt jede Vergewaltigung der Neutralität oder Unabhängigkeit eines Landes,

sowohl die früher begangenen als auch die späterhin beabsichtigten, unter welchem Vorwand immer sie vorgenommen werden sollten.

Der Kongreß lenkt die Aufmerksamkeit des ganzen Proletariats auf die Unfähigkeit des Kapitalismus und seiner Regierungen, einen gerechten und wirklichen Frieden zustande zu bringen, der die soziale, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung allen Völkern sichern könnte. Vor allem verweist der Kongreß das Proletariat auf den ungerechten imperialistischen Frieden, der vom Kapitalismus den Völkern Europas auferlegt wurde. Dieser Friede ist ein untrüglicher Beweis und ein beredtes Beispiel dafür, daß ein Krieg tatsächlich weder die Probleme der natürlichen Entwicklung sichern, noch viel weniger die sozialen Probleme lösen oder die Befreiung des Proletariats herbeiführen kann. Dies kann auch nach der prinzipiellen Auffassung des Internationalen Metallarbeiterbundes nur durch den revolutionären, von internationaler Solidarität des Proletariats getragenen, von seinen Organisationen geführten Klassenkampf beschleunigt und herbeigeführt werden. Der Krieg weckt und peitscht nationalistische Leidenschaften auf, reißt das Proletariat auseinander, verurteilt es zur Ohnmacht und behindert es daher in der Verfolgung seiner gewerkschaftlichen Ziele.

Der Kongreß bekräftigt, daß Ziel und Gründe, die zur Errichtung des Internationalen Metallarbeiter-Bundes führten, heute mehr denn je Geltung haben.

Und deshalb betont er mit besonderem Nachdruck die Pflicht der angeschlossenen Organisationen, den Bestrebungen des Kapitalismus den festen Willen und die ganze Aktionskraft des Proletariats mit um so größerer Energie entgegenzustellen, als der Kapitalismus jetzt alle seine Kräfte zur Verwirklichung seiner Ziele sammelt.

Diese Pflicht besteht gegenüber allen vom Kapitalismus entfesselten Kriegen, ganz besonders gegenüber dem mit Hartnäckigkeit fortgeführten

Krieg gegen das russische Proletariat.

Dieser Krieg zeigt ebenso wie der Kampf gegen das ungarische Proletariat die gemeinsame Schuld und das Zusammenwirken der kapitalistischen Regierungen an der Niederringung nicht nur der Arbeiter Sowjet-Rußlands und Ungarns, sondern des Sozialismus überhaupt.

In Erkenntnis der Gemeinsamkeit der proletarischen Interessen und im solidarischen Zusammenwirken mit der gewerkschaftlichen Internationale in Amsterdam fordert der Kongreß die Metallarbeiter aller Länder auf, ihre Klassensolidarität durch Verweigerung der Herstellung von Waffen, Munition und jeglichen Kriegsgerätes für die Feinde Sowjet-Rußlands und für jeden anderen Krieg, durch Ueberwachung der auszuführenden Aufträge und durch Unterstützung der Transportarbeiter und Eisenbahner in der Zurückhaltung von Truppen-, Waffen- und Munitionstransporten aktiv zu befunden.

Der Kongreß fordert die Metallarbeiter der ganzen Welt auf, jedem Appell des Internationalen Gewerkschaftsbundes von Amsterdam zur Aktion in dieser Richtung Folge zu leisten. Darüber hinaus aber fordert er sie auf, dem Kampfe des russischen Proletariats für seine Unabhängigkeit

gegen den internationalen Kapitalismus

dadurch die wirksamste Unterstützung zu geben, daß sie mit verdoppelter Energie in ihrem eigenen Lande den Kampf gegen die Reaktion und die imperialistischen Machtinstitutionen aufnehmen, was das einzige Mittel ist, die revolutionären Errungenschaften der russischen Genossen zu retten und die Weiterführung der sozialen Revolution zu sichern.

Der Steuerstreik in Württemberg.

Berlin, 30. August. (Eigene Drahtmeldung.) Der Generalstreik in Stuttgart gegen den Steuerabzug geht weiter. Unruhen sind nicht vorgekommen. Heute wird es jedenfalls zu einer Verschärfung und Erweiterung des Streikes kommen.

Das Wolffsche Telegraphenbureau verbreitet über den Stand des Streiks die folgende Darstellung: Der erste Tag des Generalstreiks ist bis zum Abend in der Hauptstadt des Landes ruhig verlaufen. Stuttgart ist ohne Licht, hat aber Wasser. In dem Vororte Unterürkheim besetzten etwa 100 junge Arbeiter der Daimler-Werke den Bahnhof, wurden aber von der Polizeiwehr wieder vertrieben. Etwas lebhafter gestaltete sich die Erstürmung des zwischen Stuttgart und Ludwigsburg gelegenen Bahnhofs Kornwestheim durch Arbeiter der Sieglschen Schuhfabrik. Auch diese wurden durch Polizeiwehr vertrieben. In Heilbronn wurde der einfache Generalstreik mittags zum verschärften Generalstreik zugespitzt. In Ravensburg ist gleichfalls der Generalstreik ausgerufen, ebenso in Friedrichshafen, wo aber in den größeren Werken die Arbeiterschaft bei der Arbeit verblieb. (?) Gegen abend besetzten Mitglieder des Aktionsausschusses der Streikenden in Stuttgart zahlreiche Läden und Wirtschaften und verlangten unter Androhung von Gewalt die Schließung für den Sonntag. Die Ernährung der Bevölkerung ist bis jetzt ungestört. Auch die Abendblätter konnten nicht erscheinen, desgleichen ist die Fertigstellung der Morgenausgabe für Sonntag unmöglich. Für Montag ist das Erscheinen einer einzigen Zeitung im Auftrage der Regierung unter dem Zusammenwirken sämtlicher bürgerlichen Zeitungsverlage vorgesehen.

•

Die städtischen Arbeiter in Hanau

hatten am Freitag dem Magistrat ein bis Sonnabend morgen 10 Uhr befristetes Ultimatum gestellt, in dem die Uebernahme des Steuerabzugs auf die Stadt und außerdem die Auszahlung der Besatzungszulage gefordert wurde. Der Magistrat hat dieses Ansinnen aus rechtlichen und allgemeinen Gründen abgelehnt. Die Arbeiter haben daraufhin am Sonnabend vormittag um 10 Uhr die Betriebe verlassen, um in einer Versammlung zu den Beschlüssen des Magistrats Stellung zu nehmen. Die Folge ist, daß Hanau zurzeit ohne Wasser, Gas und elektrische Kraft ist.

Der russisch-polnische Krieg.

Wachsender Widerstand der Russen.

Die Offensive der Polen scheint abgebebben. Die neuesten polnischen Heeresberichte melden hartnäckige Kämpfe, ohne auf große Erfolge hinzuweisen. Nach einer Revaler Nachricht sandte Tschitscherin an die russische Delegation in Reval ein Telegramm, in dem es heißt, daß in etwa 14 Tagen die polnische Offensive ganz zum Stehen gebracht werde.

Der Daily Mail zufolge haben sich die Russen im Norden von Bialystok gesammelt. Schwere Kämpfe sind im Gange. Die russische Armee bereitet sich auf einen Gegenangriff in der Richtung von Brest-Litowsk vor. Nach einer Meldung des Pariser Temps ist eine neue russische Armee von 30 000 Mann, die aus russischer Garde aus Petersburg zusammengesetzt ist, im Anmarsch auf Lomscha.

Politiken meldet: Die Bolschewiki haben bei Mlawa einen großen Siegerrungen. Die Polen, die in der Absicht vorrückten, eine russische Armee von 30 000 Mann abzuschneiden, wurden von drei russischen Divisionen mit großer Energie angegriffen und die Plötzlichkeit des Angriffes überraschte die Polen derartig, daß die Russen einen vollständigen Sieg errangen.

Die Eroberungen der Polen.

Rotterdam, 29. August. Nach einer Londoner Meldung haben die polnischen Heere jetzt den größten Teil des ethnographischen Polens erobert. Im Norden hatte nur ein ziemlich kleines Gebiet südlich von Litauen seiner Befreiung. Von Brest-Litowsk bis an die galizische Grenze fällt die polnische Front ungefähr mit der Curzon-Linie zusammen. In Galizien aber halten die Polen ein ziemlich großes Gebiet außerhalb dieser Linie besetzt, einschließlich des Gebietes von Lemberg, welches der Oberste Rat Rußland zugesagt hat.

Verlegung der Friedensverhandlungen?

Stockholm, 29. Aug. Infolge der schlechten Verständigungsmöglichkeit zwischen Minsk und Warschau haben die russischen Behörden beantragt, den Sitz der Verhandlungen in ein neutrales Land zu verlegen. Nach einer Meldung des Pariser Temps aus Warschau haben sich die Russen bereit erklärt, nach Unterzeichnung eines Waffenstillstandes in Brest-Litowsk die eigentlichen Friedensverhandlungen in Warschau stattfinden zu lassen.

USP. und Kommunistische Internationale.

Von Artur Crispien.

II.

Vor unserer Reise nach Moskau hatten wir in einer gemeinsamen Sitzung des Zentralkomitees, des Beirats und der Kontrollkommission unserer Partei nochmals eine Aussprache über die Frage der Internationale und über die Aufgaben unserer Delegation nach Moskau. Es herrschte Einstimmigkeit darüber, daß wir, entsprechend dem Beschluß des Leipziger Parteitags, auf Grund des Aktionsprogramms unserer Partei in Moskau zu verhandeln hatten unter Wahrung der Autonomie unserer Partei für ihre inneren Angelegenheiten und taktischen Maßnahmen. Die Autonomie für unsere Partei hielten wir alle für ganz selbstverständlich. Nach den Beschlüssen des 2. Kongresses der Kommunistischen Internationale bleibt jedoch nicht die Spur einer Autonomie für unsere Partei. Ich habe denn auch in der letzten Sitzung mit dem Exekutivkomitee festgestellt, daß die Beschlüsse in Widerspruch zu dem Auftrag stehen, den unsere Delegation von den leitenden Körperschaften der Partei einstimmig erhalten hat. Daran halte ich auch heute noch fest, weil es mir nicht gegeben ist, je nach Bedarf, alle acht Tage eine andere Meinung über ein und dieselbe Frage zu haben.

Wir haben es bisher für eine der wichtigsten Vorbedingungen für die siegreiche Durchführung der proletarischen Revolution gehalten, die Massen zur Selbständigkeit zu erziehen. Jeder einzelne klassenbewußte Arbeiter soll selbständig denken und urteilen, soll bewußt sozialistisch wirken und jederzeit aktiv sein. Aus solchen einzelnen geistig hochentwickelten, selbstbewußten und sich verantwortlich fühlenden Menschen muß die Masse bestehen, die alles einsetzen will, um die sozialistische Gesellschaft aufzubauen. Die Führer dürfen nur beratende und ausführende Organe der Massen sein, die wissen was sie wollen. Was zu geschehen hat und wie es geschehen muß, darüber entscheidet die geschulte Masse.

Die Kommunisten wollen neuerdings das strikte Gegenteil. Bisher haben die deutschen Kommunisten, allerdings aus niedrigen, demagogischen Gründen, eine beispiellose Hetze gegen die Führer, die „Bonzen" anderer Parteien betrieben. Sie haben damit zerrüttend und demoralisierend auf die Arbeiter und vergiftend auf den Klassenkampf gewirkt. Wenn man sagt, daß Marx seinerzeit die internationale Parole ausgegeben habe: Proletarier aller Länder vereinigt euch! und daß aus dieser Parole durch die Schuld der 2. Internationale der Ruf wurde: Proletarier aller Länder tötet euch! (was durchaus stimmt), so muß dem aber hinzugefügt werden, daß die Kommunistische Internationale den marxistischen Schrei der proletarischen Solidarität in jenen brudermörderischen Befehl verwandelt hat: Proletarier aller Länder spaltet euch! Und die Reaktion macht vortreffliche Geschäfte dabei.

Nach den neuesten Beschlüssen der Kommunistischen Internationale sollen nun auf einmal die sonst so viel gelästerten „Bonzen" unumschränkte Gewalt ausüben. Die Masse wird als Kanonenfutter oder, wie man will, als Kulturdünger bewertet. Straffe militärische Disziplin, blinder Gehorsam. Keine Meinung darf gelten als die der obersten „Bonzen", das ist das neue kommunistische Evangelium.

So kommen wir zu dem Gipfel der Vollkommenheit der russischen Art der Reinigung der Partei. Das geschieht in Rußland in der Weise, daß etwa alle drei bis vier Monate fünf Parteigenossen damit beauftragt werden, die Mitgliederlisten der Partei durchzusehen und ohne jedes weitere Verfahren diejenigen zu streichen, die — ja, wie soll ich sagen — diejenigen zu streichen, die — man eben streichen zu müssen glaubt. Ich höre schon, wie mir zugerufen wird, in Rußland sei dies Verfahren notwendig!

Ja, zum Teufel, mag das stimmen oder nicht stimmen. Mögen die russischen Kommunisten meinetwegen alle acht Tage grundsätzlich 100 Prozent ihrer Mitglieder rausschmeißen, obgleich es doch einfacher wäre, nicht erst Leute in die Partei aufzunehmen, um sie dann wieder sang- und klanglos zu entfernen. Aber dagegen wende ich mich, daß man uns ähnliche Reinigungskuren zumutet. Darauf, und auf nichts anderes, laufen die hier in Betracht kommenden Bedingungen für die Aufnahme in die Kommunistische Internationale hinaus. Sie sind eine Kriegserklärung nicht an den Kapitalismus, sondern an das klassenbewußte Proletariat, das sich nicht als willenlose Masse brauchen lassen will.

Alle Preßorgane und alle Parteiverlage müssen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200830-15/fragment/page=0001

völlig dem Parteivorstand unterstellt werden. Aus allen Redaktionen, Fraktionen, Parteiinstanzen und Parteiorganen muß jeder Genosse entfernt werden, mit dessen Parteizugehörigkeit sich die russischen Kommunisten nicht abfinden können. So fordern es die Aufnahmebedingungen. Was tut es, wenn Tausende im harten Klassenkampf grau gewordene, narbenbedeckte und erfahrene Kämpfer, die sich selbst unter Einsetzung ihres Lebens in allen Situationen als unbedingt zuverlässige und vertrauenswürdige, als tapfere und selbstlose Genossen bewährt haben, plötzlich infamiert und aus der Gemeinschaft ihrer Kampfgenossen gewiesen werden. Der Zorn faßt jeden ehrlichen Mann, wenn er hören muß, daß solche Genossen von anderen, die ihre Schüler sind oder sein sollten und die erst noch Gelegenheit bekommen sollen, zu beweisen, daß sie Klassenkämpfer aus echtem Schrot und Korn sind, nicht mehr Werthaben als Ballast, denen über Bord werfen muß. Und warum? Sind jene Genossen über Nacht Judasse geworden? O nein, sie sind nur nicht der Meinung, daß es darauf ankommt, das Maul aufzureißen, das Zungen-Ru beherrschen und an die Unfehlbarkeit Moskaus zu glauben, wenn man würdig sein will, der Kommunistischen Gemeinschaft anzugehören. Ob ein bewährter Genosse gerade wegen seiner Erfahrungen für bestimmte Posten in der Bewegung geeignet und bei großen Verbrauch und Mangel an Kräften bitter notwendig ist, das hat nichts zu sagen. Es braucht nur irgendein Streber von heute aufzutauchen und radikale Phrasen von sich zu geben um berufen und auserwählt zu sein.

Und das nennt die kommunistische Welt: straffe zentrale Organisation! Ich bin durchaus für eine straffe zentrale Organisation auf nationalem wie auf internationalem Gebiete; darunter verstehe ich aber ganz etwas anderes, als die despotische Herrschaft einer obersten „Bonzenschicht" über eine Masse geistiger Eunuchen.

Wie die Zentralisation der Kommunisten praktisch wirkt, dafür ein charakteristisches Beispiel. In der offiziellen Schrift Die Kommunistische Internationale bis zu ihrem zweiten Kongreß fanden wir auf den Seiten 314 bis 317 einen Brief: An alle Orts- und Landesorganisationen der Unabhängigen Sozialistischen Partei Deutschlands, an alle Arbeiter, die Mitglieder der USPD. sind. Dieser Brief wurde geschrieben, nachdem die Moskauer Exekutive bereits ein Schreiben unseres Zentralkomitees in ihren Händen hatte, in dem wir unsere Reise nach Moskau ankündigten und als wir bereits auf dem Wege nach Moskau waren! Trotzdem behauptete die Moskauer Exekutive in ihrem Briefe, daß die „rechten Führer des Zentralkomitees" unserer Partei den Beschluß des Leipziger Parteitages sabotierten und nicht in Moskau zu sehen seien. Was heißen soll, daß die „rechten Führer" mit Moskau nicht verhandeln wollen. Die kommunistische Exekutive forderte die Parteimitglieder der USPD. auf, sofort aufzeigene Faust Delegiertenach Moskau zu schicken! Ich habe diese Art des Bestrebens, Parteien in anderen Ländern zu zerrütten, in der Sitzung der Exekutive als hinterhältig verurteilt und betont, daß Verhandlungen ehrliches Wollen und loyales Verhalten auf beiden Seiten voraussetzen. Genosse Radek gab trotzdem den mit Unwahrheiten gespickten Brief der Exekutive nicht preis, er verteidigte ihn und ich erhielt auch nicht den Eindruck, als dächte die Exekutive daran, in Zukunft eine solche verwerfliche Taktik gegen die USPD. aufzugeben. Im Gegenteil, die Exekutive hält sich sogar für berechtigt, wenn sie es für nötig hält, eine eigene Zentrale von Moskau aus in Deutschland einzusetzen.

Kann ein ernster Mensch glauben, daß wir mit solchen Methoden zu einer revolutionären Internationale der Tat zu kommen vermögen? Kann uns wirklich jemand, der nicht den Glauben an den Sozialismus, an seine Partei und an sich selbst verloren hat, zumuten, jener berühmten kommunistischen Taktik alles zu opfern, die die Kommunistische Partei Deutschlands demoralisiert, desorganisiert, in Trümmer und Sekten zerschlagen und zur politischen Ohnmacht und Einflußlosigkeit verdammt hat?

Parteigenossen! Laßt es endlich genug sein, der Kinderkrankheiten des Radikalismus!

Ich ging nach Moskau mit dem redlichen Willen, durch Verhandlungen einen Zusammenschluß der 3. Internationale mit unserer Partei herbeizuführen und durch das Bestreben der sozialrevolutionären Parteien anderer Länder ebenfalls für den Zusammenschluß zu gewinnen, damit eine aktionsfähige Internationale geschaffen wird. Ich mußte aber erleben, daß die Kommunisten nicht für den internationalen Zusammenschluß der sozialrevolutionären Parteien aller Länder wirkte, sondern daß sie nur eine kommunistische Partei für alle Länder gelten lassen wollen unter der unumschränkten Gewalt der Moskauer Exekutive.

•

Die englische Unabhängige Arbeiterpartei an Moskau.

Der Daily Herald veröffentlicht die folgenden Informationen: Die Independant Labour Party (Unabhängige Arbeiterpartei) hatte seine Delegierten beauftragt, der russischen Sowjetregierung einige Fragen zu stellen. Auf diese Fragen hat die Räterepublik mit einer heftigen Kritik der Führer der Independanten Labour Party geantwortet und sie verlangen, daß sich die ILP. ausspricht: 1. Ueber die Durchführung des Bürgerkrieges, Entwaffnung der Bourgeoisie und Bewaffnung des Proletariats. 2. Die Aktion einer Minorität, die ihren Willen einer apathischen oder machtlosen Majorität aufdrückt (Diktatur der Kommunistischen Partei). 3. Die Beziehungen zwischen den Sozialisten der verschiedenen Richtungen. In der Antwort an die Sowjets sagt die ILP.: Die Antwort enthält den klaren Beweis von der Ueberzeugung seiner Verfasser, daß ihre Doktrinen, Politik und Methoden von ihnen als unfehlbar betrachtet werden und daß der Sozialismus sich nicht vervirklichen kann als innerhalb der Enge ihrer Dogmen. — Die einzigen Punkte, auf die wir die Aufmerksamkeit lenken, sind die Beschuldigungen gegen die deutschen Sozialisten, daß sie Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ermordet haben und die Unterstellung, daß Henderson und Menadel es gerade so machen würden und die beleidigenden Ausfälle gegen Otto Bauer, F. Adler und die österreichischen Sozialisten im allgemeinen.

Die Vorgänge in Oberschlesien.

Wie die Reichsregierung mitteilt, befindet sich in den Kreisen Tarnowitz, Beuthen, Hindenburg, Pleß, Rybnik und Kattowitz das platte Land noch immer fast ausschließlich in den Händen der polnischen Insurgenten. Die Aufstandsbewegung hat sogar bereits auf die Kreise Groß-Strehlitz und in geringerem Umfang auf Oppeln und Gleiwitz übergegriffen.

Einzig und allein im Kreise Rybnik, wo sich italienische Besatzungstruppen befinden, wird die Entwaffnungsaktion in umfassendem Umfange fortgesetzt. Ein aktives Eingreifen der französischen Truppen konnte bislang nicht beobachtet werden.

Ein Aufruf zum Frieden.

Beuthen, 28. August. Die Vertreter der deutschen und der polnischen politischen Parteien und Gewerkschaften haben heute, und zwar für die Deutschen Dr. Urbanek und Pfarrer Ulitka, für die Polen Korfanty, einen Aufruf an das oberschlesische Volk unterzeichnet, in dem es u. a. heißt:

„Genug des Blutvergießens und der Schrecken. Die Vertreter der deutschen und der polnischen Sache haben sich zusammengefunden um unserem Volke Ruhe, Frieden und ungestörte Arbeit wiederzugeben."

Es werden dann nachmals die bereits bekannten Punkte aufgezählt, auf deren Grundlage eine Verständigung erzielt werden soll. Zum Schluß heißt es:

„Laßt darum ab von allen Gewalttaten. Legt die Waffen nieder, kehrt zu eurem Tagewerk zurück!"

Rüstet zum internationalen Jugendtag!

Am Sonntag, den 5. September, findet der internationale Jugendtag statt. Die sozialistische Jugend aller Länder wird an diesem Tage einmütig den gemeinsamen Willen bekunden, am Aufbau einer neuen Welt mitzuhelfen. Das Bekenntnis der Jugend zum völkerbefreienden Sozialismus gilt es über die nationalen Grenzpfähle hinaus zu erneuern. Für uns Jungen ist dies eine Frage des Seins oder Nichtseins. Wir wollen nicht mehr länger unter der kapitalistischen Zwangswirtschaft leben. Internationale Solidarität bekunden wir am 5. September der arbeitenden Jugend der ganzen Welt. Nur ein Gedanke und eine Seele soll uns an diesem Tage beherrschen. Wir fühlen uns als ein Teil einer großen, mächtigen Gemeinschaft, und nur im gemeinsamen Ringen und Kämpfen wird das Neue, Große, die sozialistische Gesellschaftsordnung erstehen. Wir Burschen und Mädels wollen am internationalen Jugendtag nicht zurückstehen hinter anderen Organisationen. Wir wollen beweisen, daß wir international fühlen und denken, und wenn es not tut, auch gewilli sind, international zu handeln. Deshalb wollen wir am Jugendtag nicht ausschließlich spielen und lustig sein. Nein, unseren Kampftag begehen wir würdiger. Große Demonstrationsversammlungen und Demonstrationszüge sollen stattfinden. Wir wollen den erwachsenen Arbeitern Verständnis für das Kampfziel des Jungproletariats abringen. Wenn wir an diesem Tage auch spielen sollten, so wird es nur geschehen, um zu zeigen, daß wir auch den entschlossenem Kampfeswillen noch jung bleiben.

An unserem internationalen Kampftag wollen wir alle kleinlichen Rücksichten und sich aus den entwicklungsgeschichtlichen Verhältnissen unseres Landes ergebenden organisatorischen Verschiedenheiten zurückstellen. Das große gemeinsame Ziel schien es uns wert. Die Zentrale der Sozialistischen Proletarierjugend trat deshalb in Verhandlungen mit der Zentrale der Freien Sozialistischen (kommunistischen) Jugend, um in Deutschland den internationalen Jugendtag gemeinsam zu begehen. Wir forderten als Bedingung nur, daß bei allen Demonstrationsversammlungen Redner von beiden Organisationen sprechen sollten. Die gesamten übrigen Vorbereitungen sollten von einer paritätisch zusammengesetzten Kommission durchgeführt werden. Wir glaubten unsere Organisation stark genug zu diesem Vorschlag und stellten alle organisatorischen Rücksichten in den Hintergrund. Die gemeinsame Sache galt uns mehr.

Wir irrten, wenn wir das gleiche von der Freien Sozialistischen Jugend annahmen. Dort steht die Organisation höher als die Sache. Die gemeinsame Durchführung des internationalen Jugendtages scheitert in Deutschland an dem hartnäckigen Standpunkt der Zentrale der Freien Sozialistischen Jugend, keinen Redner der Sozialistischen Proletarierjugend zuzulassen. Darauf einzugehen, das würde eine Verleugnung und Nichtanerkennung unserer Organisation bedeuten. Wir lehnen die Verantwortung ab, daß in Deutschland der internationale Jugendtag zersplittert und in seiner demonstrativen Wirkung beeinträchtigt wird. Das Exekutivkomitee der Jugendinternationale — dem wir, ohne unsere Schuld, noch nicht angehören — begrüßte unseren Beschluß. Der Freien Sozialistischen Jugend stehen Rücksichten auf ihre Organisation höher. Wenn nun unsere Gegner das für uns traurige Schauspiel erleben, daß sich auf dem Jugendtag die beiden revolutionären deutschen Jugendorganisationen rivalisierend gegenüberstehen, die ganze Schwere der Verantwortung trifft die Freie Sozialistische Jugend.

Wir rufen alle unsere Genossinnen und Genossen auf, unverzüglich die Vorarbeiten zur Durchführung des Jugendtages zu treffen. Wenn sich nicht in jedem Orte eine Demonstrationsveranstaltung treffen läßt, empfiehlt sich ihre Abhaltung kreisweise. Es sind sofort Kommissionen zu bilden, die die Durchführung vorbereiten. Die Zentrale hat zur Unterstützung der Agitation die vorliegende Sondernummer der Proletarierjugend hergestellt. Ferner gibt sie ein großes Plakat und Propagandapostkarten heraus. Dieses Material muß schon vor dem Jugendtage vertrieben werden. Aber auch zum Jugendtag selbst ist der Vertrieb recht lebhaft zu organisieren. Die letzte Woche vor dem Jugendtag ist eine Agitationswoche und muß zu ganz intensiver Arbeit benutzt werden. Flugblätter und Nummern der Proletarierjugend sind bei der Zentrale noch zu haben. Die internationale Sondernummer ist in erhöhter Auflage hergestellt worden und kostet 1 Mk. Auch die Kampffondsmarken gilt es lebhaft zu vertreiben.

Nun, Jugendgenossinnen und -genossen, geht unverzüglich an die Arbeit. Laßt euch die Mühe nicht verdrießen. Wenn uns auch die Jugendinternationale abgelehnt hat, so wollen wir doch durch die Tat unsere internationale Gesinnung beweisen.

Nicht überrevolutionäres Kraftmeiertum geziemt sich für uns. Wir wollen es an Draufgängertum gewiß nicht fehlen lassen, aber wir müssen auch die Grenzen unserer jugendlichen Kraft kennen. Nur dann sind wir an erfolgreichen Taten imstande. Der internationale Jugendtag sei uns gleichzeitig ein Tag des Erkennens, wieviel wir noch zu leisten und aufzuklären haben. Dann gehen wir unseren Weg siegreich: Unser die Welt trotz alledem.

Zentrale der Sozialistischen Proletarier-Jugend Deutschlands.

Die Breslauer Pöbeleien.

Frankreich verlangt Genugtuung.

Berlin, 28. August. Nach den Breslauer Vorfällen hat, wie das BT. erfährt, Oberpräsident Zimmer noch in der Nacht um 1 Uhr dem französischen Konsul die Entschuldigung aussprechen müssen. Der Empfang soll äußerst kühl gewesen sein. Der Konsul erklärte, daß die verwüsteten Räume photographiert und die Bilder nach Paris gesandt werden. Er befürchtete, daß es daraufhin deutschen Vertretern in Frankreich sehr leicht ähnlich ergehen könne, und rät für sie Vorsicht an. Im übrigen hat sich der Stellvertreter des Reichsministers des Auswärtigen, Gesandter v. Rosenberg, zum französischen Botschafter und zum polnischen Geschäftsträger in Berlin begeben und ihnen das Bedauern der deutschen Regierung über die Vorfälle in Breslau ausgesprochen.

•

Paris, 28. August. (WTB.) In Besprechung der Vorkommnisse in Breslau, auf die das Blatt zurückkommen will, wenn vollständigere Nachrichten vorliegen, sagt das Journal des Débats, Breslau liege nicht im Abstimmungsgebiet von Oberschlesien, aber die Unruhen, die sich dort ereignet hätten, seien die Folge der Agitation, die anläßlich der Bestimmungen über das Gebiet, das die Deutschen um jeden Preis den Polen entreißen wollten eingesetzt habe. Deshalb sei es notwendig, die Entscheidung nicht mehr länger hinauszuschieben. Die Verzögerung könne nur Unruhen verursachen, die die Intrigen (?) begünstigen würden, durch die man sich von deutscher Seite eine günstigere Wirkung verspreche.

Wilna litauisch.

Wilna, 28. August. (Eltz.) Der Abzug aller bewaffneten Bolschewisten erfolgte am 25. August abends, während die unbewaffneten Angehörigen der Roten Armee sowie die Dienststellen Wilna bis heute abend 8 Uhr verlassen wollen. Gestern wurde durch Verordnung bekannt gemacht, daß von jetzt ab die Verwaltung der Stadt und des Landkreises Wilna allein der litauischen Nationalversammlung und den von ihr eingesetzten Verwaltungsorganen zukommt; gleichzeitig wurde über die Stadt und den Landkreis Wilna der Kriegszustand verhängt.

Gestern erfolgte die endgültige Besetzung Wilnas durch die litauischen Truppen. Mittags zog unter den Klängen der litauischen Hymne ein Regiment ein, im Laufe des Nachmittags folgten weitere litauische Truppenteile. Der Jubel und Blumenstreuenden Bevölkerung war unbeschreiblich, abends wurde auf dem Gedächtnisberge die litauische Fahne gehißt. Darauf verkündeten 20 Kanonenschüsse die Befreiung der litauischen Hauptstadt.

•

Vermittlung des Papstes.

Berlin, 30. August. Der Papst ist — wie aus Rom gemeldet wird — vor einigen Tagen bei der Warschauer Regierung freundschaftlich vorstellig geworden, die polnische Armee müsse vermeiden, die ethnographischen Grenzen Polens zu überschreiten und sich bei den Friedensbedingungen zu mäßigen.

Bolschewistischer Vormarsch in Persien.

London, 29. August. Nach einer Times-Meldung aus Teheran haben die Bolschewisten von Baku bedeutende Verstärkungen erhalten und sind in Enseli gelandet. Die englischen Verbindungen mit Mesopotamien sind alle unterbrochen.

Kapitalistischer Wahnwitz.

Vom Betriebsrat der Reichswerft in Kiel wird der Freiheit folgender kaum glaubhafter Fall kapitalistischen Wahnwitzes mitgeteilt:

Auf der Reichswerft Kiel lagern noch etwa 280 Flugzeugmotore, die nach dem Friedensvertrag für ihren bisherigen Zweck unbrauchbar zu machen waren. Es war nun geplant, sie zu Straßenbahnmotoren umzubauen, um die hohen Werte, das Stück etwa 160 000 Mark, nicht zu vernichten. Die Jlüd (Jnterallierte Kontrollkommission für Luftfahrwesen) hat das kurzerhand abgelehnt, weil angeblich diese Aenderung keine genügende Garantie dafür biete, daß diese Motore nicht wieder als Flugzeugmotore verwendet würden. Die Jlüd bestand infolgedessen darauf, daß entweder die Motore ausgeliefern oder zerschlagen seien. Alle Verhandlungen in dieser Angelegenheit haben bisher keinen Erfolg gezeitigt. Als Termin für die Beendigung der Zerstörungsarbeit ist der 31. August dieses Jahres festgesetzt.

Trotzdem überall ein grenzenloser Warenhunger besteht, ist eine fortgesetzte Steigerung der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Es wird nun den Arbeitern zugemutet, Werte zu zerstören, die den Aufbau der Wirtschaft und damit der Verminderung der Arbeitslosigkeit dienen sollen. Der neuaufgenommene Triebwagenbau der Werft müßte aufgegeben und die Arbeiter dieser Abteilung zum Teil entlassen werden, wenn die wahnsinnige Forderung der Entente durchgeführt wird. Hierzugegen gilt es alles, was noch ein Gewissen hat, mobil zu machen.

Der Betriebsrat der Reichswerft hat an die Belegschaft folgenden Aufruf gerichtet:

Kollegen!

Von der Entente wird die Zertrümmerung der noch vorhandenen 280 Flugzeugmotoren gefordert. Jeder Motor repräsentiert heute einen Wert von vielen tausenden Mark. Der gesamte Betriebsrat fordert euch auf, eure Hand zu der geplanten kapitalistischen Wahnsinnstat nicht zu bieten. Wohl sind wir bereit, Mordwaffen zu vernichten. In diesem Falle aber ist jede Garantie gegeben, daß die Motore nur zu Kulturzwecken benutzt werden. Der Betriebsrat erwartet von euch, daß ihr strengste Solidarität übt und allen auf die Zerstörung der Motoren hinzielenden Befehlen keine Folge leistet.

Der Betriebsrat schließt seine Mitteilungen über diesen Fall: Wir wenden uns an das gesamte deutsche Proletariat, die Belegschaft der Reichswerft bei ihrem Vorgehen mit allen Mitteln zu unterstützen. Wie die deutschen Eisenbahner jeden Munitionstransport nach dem Osten verhindern, so muß die gesamte deutsche Arbeiterschaft die kapitalistische Wahnsinnstat der Entente verhindern. Die verantwortlichen Organe der Arbeiterschaft aber fordern wir auf, die Internationale Arbeiterschaft zu mobilisieren, das Weltgewissen aufzurütteln, damit den Ententekapitalisten gezeigt wird, daß auch ihrem Uebermut eine Grenze gesetzt hat.

Nürnberg gegen die Einwohnerwehren!

Bekanntlich sträubt man sich in Bayern hartnäckig, die Einwohnerwehren aufzulösen. Die bayerische Reaktion, die Regierung an der Spitze, hat sich nun einmal in den Kopf gesetzt, Deutschland vom Bolschewismus zu erlösen. In Wirklichkeit wird die Rückkehr zum alten Regime, die Wiederinthronisation der Wittelsbacher erstrebt. Die Rechnung ist freilich ohne die bayerische Arbeiterschaft gemacht. So hat jetzt der in der Mehrheit aus Rechtssozialisten und Unabhängigen bestehende Stadtrat in Nürnberg folgende Resolution gefaßt:

Die Einwohnerwehren können nach den Vorgängen der letzten Monate nicht als Organisationen für den lokalen Schutz und die Aufrechterhaltung der Ordnung angesehen werden. Es handelt sich um eine zentrale Organisation, die vielerorts von reaktionären Elementen zu ganz anderen Zwecken und Absichten als den ursprünglich lokalen benützt werden will.

Der Stadtrat in Nürnberg fordert deshalb von der Staatsregierung die sofortige Entwaffnung der Einwohnerwehr in Nürnberg. Bei Nichterfüllung dieser Forderung wird der Stadtrat in Nürnberg die Bildung einer Ortswehr auf der Grundlage der sozialen Zusammensetzung der Bevölkerung vornehmen.

Das ist das einzig richtige Vorgehen gegen die reaktionäre Sippschaft, die momentan in Isar-Athen regiert.

Waffenfunde in Mecklenburg.

Als am Dienstag, den 17. August, abends in der Dunkelheit der Bahnwärter Göhrs auf der Schwerin-Wismarschen Chaussee unweit Gellentin durch den Wald ging, bemerkte er, daß sich dort mehrere Leute in verdächtiger Weise zu schaffen machten. Als auf seine Veranlassung die Gendarmerie Nachforschungen anstellte, fand sie dort 77 Gewehre (Modell 98), 30 leichte Maschinengewehre, 16 Kisten mit je 1450 Patronen und mehrere Kisten mit Maschinengewehrteilen vergraben. Einige Tage später, am 21. August, wurden an derselben Stelle von einer Patrouille der Sicherheitswehr drei ehemalige Offiziere verhaftet, die ahnungslos der Patrouille erklärt hatten, dort Waffen in Empfang nehmen zu wollen. Sie heißen Leo, Braun und Minke und waren Polonäre auf den Gütern Hornsdorf und Caetsow des Rittmeisters von der Lühe. Einen Tag nach dieser Verhaftung wurden bei weiteren Nachsuchen nach Waffen abermals 10 Gewehre und 21 Maschinengewehre im Walde versteckt gefunden.

Diese Waffenfunde zeigen erneut, daß in der Tat zahlreiche agrarische Gebiete geradezu mit verborgenen Waffen gespickt sind, die man nach Entwaffnung der Arbeiter glaubt erfolgreich zu reaktionären Putschen anwenden zu können.

Gefangenenheimkehr aus Sibirien.

Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Von der deutschen Fürsorgestelle in Moskau ist eine Sonderkommission unter Leitung des Herrn Friedrich Schäfer nach Sibirien abgereist, um den ordnungsmäßigen Abtransport der Kriegsgefangenen aus Sibirien sicherzustellen. Der erste Transport aus dem Lager Kanji ist bereits in Deutschland eingetroffen. Weitere Transporte sind auf dem Wege nach Moskau begriffen.

Anfangs September findet in Kowno unter Teilnahme der Internationalen Komitees vom Roten Kreuz Genf eine Zusammenkunft zwischen einer deutschen und einer russischen Gefangenenkommission statt, um den Abtransport der Kriegsgefangenen auf

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200830-15/fragment/page=0002

um Landwege über Litauen herbeiführen. Ein Delegierter des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz befindet sich bereits in Kowno, um die Vorarbeiten zu treffen.

Monarchistische Verschwörung in Ungarn.

Wien, 23. August. In der ungarischen Nationalversammlung machte der Landesverteidigungsminister Sreter Enthüllungen über die Umsturzpläne der Mitglieder der Partei des früheren Ministerpräsidenten Friedrich, die darauf hinzielen, den ehemaligen Kaiser Karl auf den ungarischen Thron zu setzen. Der Minister berichtete, daß im verflossenen Juli bereits ein royalistisches Kabinett vorbereitet war und daß die Absicht bestand, die widerspenstigen Mitglieder der Nationalversammlung zu verhaften. Ein höherer Offizier war mit der militärischen Führung der Bewegung beauftragt worden, dieser erstattete jedoch Anzeige. Diese Mitteilungen riefen in der Nationalversammlung eine ungeheure Erregung hervor. Auch in Wien haben Besprechungen mit einem aus der Schweiz gekommenen Anhänger des früheren Kaisers stattgefunden. Diese Konferenz fand jedoch durch Eingreifen der Behörden ein vorzeitiges Ende.

Amerikanische Arbeitersolidarität für Irland.

Newyork, 29. August. Aus Sympathie für Irland haben die Auslader an Bord der amerikanischen, französischen und belgischen Schiffe die Arbeit eingestellt. Sie erklären, die Löscharbeiten nicht wieder aufnehmen, ehe nicht der Bürgermeister von Cork freigelassen wird und der Erzbischof Mannix seine Reise fortsetzen kann.

London, 29. August. (Reuter.) Bei den Unruhen in Belfast wurden gestern Abend durch das Feuer eines Panzerautomobils sechs Personen getötet und 50 verwundet.

Notizen.

Ausschiffungen in der preußischen Regierung? Nach einer Meldung der Welt am Montag plant man in Preußen eine „Reinigung" der Regierung vorzunehmen. Es ist beabsichtigt, die Rechtssozialisten Kurt Heinig (Finanzministerium) sowie Prawitz und Koch (Ministerium des Innern) auszuscheiden.

Regierungssturz in Rumänien? In Wien ist aus Bukarest die Meldung eingetroffen, daß die Regierung Averescu gestürzt worden sei, die Regierungsbildung habe der Sozialist Florescu übernommen, der ein rein sozialistisches Kabinett bilden wolle. (?)

Wahlkorruption in Amerika. Aus Newyork wird gemeldet, daß der Bestechungsskandal immer größeren Umfang annimmt. Die World verlangt die Errichtung eines besonderen Korruptionsgerichtshofes. Die Tribune behauptet, der Umstand, daß sich viele Kapitalisten geweigert hätten, dem demokratischen Wahlfonds beizusteuern, hätte die Anklage des Senators Cox veranlaßt.

Truppenaufstand in China. Amsterdam, 28. August. Times melden aus Peking, daß unter den chinesischen Truppen in Tungtschau, dem östlichen Hafen von Peking ein Aufstand ausgebrochen ist. Eine Anzahl von Geschäftsläden wurde geplündert und in Brand gesteckt.

Aus der Provinz.

Der erste Schritt.

Torgau-Liebenwerda für die Moskauer Bedingungen.

Am Sonntag tagte in Falkenberg die Generalversammlung der USP. für Torgau-Liebenwerda. Anwesend waren 64 Delegierte, 3 Bundesratsmitglieder, die Abgeordneten Düwell und Rengel, als Vertreter der Bezirksleitung Oelßner und als Vertreter des Volksblattes Scholem. Der Vorsitzende Genosse Naumann, wies eingangs darauf hin, daß endlich auch in Falkenberg unsere Bewegung eingedrungen ist. Die Falkenberger Genossen hatten den Saal festlich geschmückt, wofür ihnen der Dank der Versammlung ausgesprochen wurde.

Aus dem Geschäftsbericht, den Gen. Naumann gab, war zu ersehen, daß gegenüber den 32 Parteivereinen des Vorjahres jetzt 42 bestehen. Mehrere Neubegründungen stehen noch bevor. Die Mitgliederzahl hatte sich schon am 1. April um 300 gegen das Vorjahr auf 4085 männliche und 781 weibliche Mitglieder vermehrt. Jetzt ist die Zahl noch höher und beträgt etwas über 5000 zahlende Mitglieder. 222 kommunale Vertreter arbeiten für uns in den Städten und Gemeinden, während die Scheinsozialisten nur 57 haben. 135 öffentliche und 286 Mitgliederversammlungen wurden veranstaltet, laut Fragebogen. In Wirklichkeit waren es noch viel mehr. Die Verbreitung des Volksblattes steigert sich dauernd. Die Gewerkschaftsbewegung, die von uns maßgebend beeinflußt wird, hat sich ebenfalls gut entwickelt. Das Kreiskartell in Liebenwerda lehnt sich eng an die USP. an. Die Wahlen, während deren noch 118 Wählerversammlungen veranstaltet wurden, haben große Erfolge gebracht. 80 000 Flugblätter wurden verausgegeben. Wir erhielten im Kreise Torgau 9842 gegen 8501 Stimmen im Vorjahr, im Kreise Liebenwerda 12 381 gegen 8358 Stimmen. Besonders im Bachwitzer Ländchen ist unser Erfolg ein großer. Die Scheinsozialisten verloren rund 10 000 Stimmen in beiden Kreisen; sie erhielten nur noch 6000. Sämtliche bürgerliche Parteien erhielten 2000 Stimmen mehr als die sozialistischen Parteien. Wenn wir auch im ganzen gute Fortschritte gemacht haben, so muß doch noch intensiver gearbeitet werden.

Den Kassenbericht, der gedruckt vorlag, erläuterte Gen. Wendt. Die Abrechnung balanciert mit 34 148 Mk. und schließt mit einem Bestande von 1229 Mk. ab. Verschiedene Schäden sind noch vorhanden. Wer seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, kann auch keine Rechte beanspruchen. — Beiden Berichten schloß sich eine lebhafte Debatte an.

Ueber die politische Lage referierte Reichstagsabgeordneter Gen. Düwell, der die Verschärfung der Klassengegensätze schilderte. Der Redner bezeichnete es als unumgänglich notwendig, den Anschluß an die 3. Internationale zu vollziehen. In der Betriebsrätefrage verteidigte er die selbständige Zusammenfassung, wie sie die Zentralleitung der USPD. kürzlich erst befordert hatte. (Lebhafter Beifall.) — In der Debatte sprach sich Gen. Hempel (Torgau) für den Anschluß an die 3. Internationale aus. Auch Gen. Mengel sprach sich dahin aus, daß die Klärung in der Partei kommen müsse. Es sei aber die Gefahr vorhanden, daß viele auch jetzt nur ihr Mitgliedsbuch ändern würden, wenn wir uns Kommunisten nennen. — Gen. Oelßner und nach ihm noch die Genossen Hinterlach (Elsterwerda) und Naumann (Mühlberg) erklärten, daß jetzt die Stunde der Entscheidung gekommen sei. Mit allen gegen zwei Stimmen wurde darauf folgende Resolution beschlossen:

„Die Kreisgeneralversammlung der USP. für die Kreise Torgau und Liebenwerda erklärt, daß sie den Anschluß der USPD. an die Kommunistische Internationale für dringend notwendig hält. Die Aufnahmebedingungen des Moskauer Kongresses scheinen der Generalversammlung durchaus erfüllbar zu sein. Die Generalversammlung steht auf dem Standpunkte, daß diese klare Entscheidung, der sich der Bezirks- und der Reichsparteitag hoffentlich anschließen werden, dem deutschen Proletariat den Weg zur Erreichung seines revolutionären Zieles erleichtern wird."

Gen. Oelßner referierte über den kommenden Bezirkstag. Er erläuterte den Reorganisationsentwurf, der dem Bezirkstag vorgelegt werden soll. Das neue Statut wird endlich die Bezirksorganisation schaffen, die uns nottut. Es wird eine starke Leitung geschaffen, die, ausgestattet mit dem Vertrauen der Mitglieder, die gesamte Bewegung im Bezirk kontrolliert.

Ihr Bezirksfrauenkonferenz am 12. September wurden entsandt die Genossinnen Bänisch (Domnitzsch), Voigt (Torgau) und Richter (Grünewalde). Als Delegierte für den Bezirksparteitag wurden neben dem Gen. Naumann gewählt die Genossen Hinterlach (Elsterwerda), Beder (Torgau), Wendt (Mühlberg), Dietrich (Grünewalde), Holzweißig (Schilda) und Hempel (Torgau).

Sodann wurde beschlossen, das Parteisekretariat, das während der Wahl geplant wurde, jetzt wirklich zu errichten. Das Sekretariat wurde, entgegen anderen Anträgen, nach Mühlberg gelegt und Gen. Gustav Naumann, der langjährige Vorsitzende des Kreises, zum Parteisekretär gewählt. Danach beschloß man einige Statutenänderungen, die sich notwendig gemacht haben.

In die Kreisleitung wurden gewählt: als 1. Vorsitzender Gen. Naumann, als Kassierer Gen. Wendt (Mühlberg). Ueber die Anträge, die noch vorlagen und wegen der vorgerückten Zeit nicht erledigt werden konnten, soll eine Vorstände-Konferenz demnächst entscheiden. Danach wurde die Generalversammlung, die reiche Arbeit geleistet hatte, geschlossen.

Wie das Volk mit Schiebungen „regiert" wurde.

Aus dem Kreise Liebenwerda wird uns geschrieben: Daß die reaktionäre Landratswirtschaft hinter dem Rücken des Volkes manches getrieben hat, was das Licht der Oeffentlichkeit zu scheuen hatte, ist durchaus kein Geheimnis. Folgender Fall möge erneut beweisen, wie es hinter den Kulissen zuging: Die Hohenleipischer Brikettwerke haben seit einigen Jahren in der Gemarkung Hohenleipisch Kohlenfelder angekauft. Um aber diese abbauen zu können, um dadurch der in ihrer Existenz bedrohten Arbeiterschaft Arbeitsgelegenheit geben zu können, mußte sich die Hohenleipischer Wiesengenossenschaft bereiterklären, einen Teil der Felder ihrer Genossen an das Unternehmen zu verkaufen.

Aber unserer früherer Landrat v. Borke war kein besonderer Freund der Industrialisierung, weil dadurch die verhaßte Sozialdemokratie im Kreise immer stärker werden würde. So hat er alle Minen springen lassen, den Plan zu durchkreuzen, und die größten Schwierigkeiten wurden planmäßig vorbereitet. Die Bauernschaft von Hohenleipisch wurde bearbeitet, um die Erschließung der Kohlenfelder zu hintertreiben. Es wurden unter Leitung der Regierung Genossenschaftsversammlungen der Bauern einberufen, wo in wirklich „unparteiischer Weise" die Angelegenheit untersucht werden sollte. So fand am 22. 10. 19 eine solche Versammlung statt, wo als Vertreter des Merseburger Regierungspräsidenten der heute noch im Amte befindliche Herr Regierungsrat Tietze und der damalige Landrat des Kreises Liebenwerda, v. Borcke, der, obwohl seit über vier Monate vom Dienst suspendiert, heute noch für seine Urlaubszeit das volle Gehalt bezieht, teilnahmen. In welcher Weise dort die Regierungsgeschäften besorgt wurden, mag folgender Brief des Herrn Regierungsrats Tietze beweisen, den er privatim von Merseburg aus an seinen landräthlichen Busenfreund geschrieben hat:

Merseburg, d. 12. 10. 19.

Lieber Borcke! Am 22. komme ich also mit den Ministerialleuten nach dort. Ob der R. P. (Regierungspräsident. D. B.) mitkommt, ist noch ungewiß, ist wohl auch nicht nötig. Sicher ist doch, daß die Genossenschaftsmitglieder (gemeint sind die Hohenleipischer Bauern. D. B.) seit bleiben. Sie sollen sich ja nicht genieren, auch in Gegenwart der Ministerialkommissare ihr „Recht" in den gröbsten Tönen zu verfechten. Es würde jedenfalls gut sein, wenn nicht nur der Vorsteher, sondern auch eine möglichst große Zahl von Genossen im Termin erscheinen, damit die Berliner einen Eindruck von dem großen Interesse, das die Sache für die Hohenleipischer Bauern hat, gewinnen. Es würde sich jedenfalls empfehlen, die Genossen durch Balsam (das ist der Kreiswiesenbaumeister. D. B.) daß sie instruieren zu lassen, daß sie ja nicht zaghaft sind. Gut ist, daß der Vertreter des Bezirksbeirarbeiterverbandes (gemeint ist der Genosse Peters. D. B.) nicht erscheinen kann. Er sitzt im Loch!

Viele Grüße und Empfehlungen an Deine Gattin Dein

E. Tietze.

Der Brief ist eindeutig genug. Man sieht, wie „geschoben" wurde. Jedes Wort der Kritik wäre überflüssig.

Die Oeffentlichkeit mag sich ein Urteil über die behördliche Kulissenarbeit bilden. Besonders die Kreiseinwohner des Liebenwerdaer Kreises und besonders die Hohenleipischer Arbeiterschaft wissen nun, von welcher Seite die Schiebungen im vorigen Jahre gekommen sind. Die Reaktionäre im Kreise aber mögen dieses Material benutzen, wenn sie für „ihren" Landrat wieder einmal Reklame machen wollen.

Für die Südlinie des Mittellandkanals.

In der Frage der Fortsetzung des Mittellandkanals ist einer Meldung aus Braunschweig zufolge von Sachsen, Thüringen, Braunschweig, Anhalt, Oldenburg und Bremen ein gemeinsamer Antrag an das Reich ausgearbeitet worden, der die alsbaldige Inangriffnahme des Kanalprojektes durch das Reich als die allein dafür noch verfassungsmäßig zuständige Stelle im Auge hat, und zwar die Inangriffnahme auf der Grundlage der südlichen Linienführung.

Bitterfeld. Parteiversammlung. Am 26. August tagte eine Parteiversammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Erstatwahl zum Kreisvorstand; 2. Bericht von der Freidenkerbewegung; 3. Verschiedenes. Gen. Vogler bedauerte den schwachen Versammlungsbesuch; er glaubte ihn auf ungenügende Bekanntmachung des Versammlungstermins einerseits und auf die Interessenlosigkeit der Genossen andererseits zurückführen zu müssen. Zur Tagesordnung wurde beschlossen, an Stelle des ausgeschiedenen Gen. Maus in den Kreisvorstand den Gen. Kanisch zu wählen. Den Bericht von der Freidenkerbewegung gab Gen. Taube. Die Mitgliederzahl der Ortsgruppe Bitterfeld des Freidenkerbundes beträgt jetzt 180. Während des letzten Halbjahres sind über 2000 Kirchenaustritte erfolgt. Das Mißverhältnis zwischen diesen beiden Zahlen müsse beseitigt werden. Unbegreiflich sei es, daß selbst Genossen der USP., die Mitglieder des Proletarischen Freidenkerbundes sind, ihre Kinder noch in den Religionsunterricht schicken, oder gar ihre Kinder nach der Schulentlassung in das evangelische Jugendheim laufen lassen. Wir müßten der Arbeiterjugend mehr Aufmerksamkeit schenken. Bekämpft werden müsse auch die Sucht nach dem Kino. Der Jugend müßten Vorlesungen aus guten Büchern, Ausflüge, Spielstunden und Jugendfeiern im sozialistischen Geiste entgegengesetzt werden. Die Ausführungen des Gen. Taube wurden beifällig aufgenommen. Hoffentlich sind sie auf fruchtbaren Boden gefallen, auch außerhalb der Versammlung. Unter Verschiedenes wurde angeregt, die Parteiversammlungen wieder durch Handzettel bekannt zu machen. Ferner wurde auf die Notwendigkeit der Unterstützung des Arbeitergesangvereins hingewiesen.

Delitzsch. Stadtverordnetensitzung. In der am Freitag stattgefundenen Sitzung der Stadtverordneten ward nicht viel wichtiges erledigt. Eine Forderung des Magistrats für die durch den Brand in Grosth'emig geschädigten 100 Mk. zu bewilligen, wurde durch unseren Antrag auf 500 Mk. erhöht. Dagegen kam eine Forderung von 100 Mk. für Posener Flüchtlinge, durch beide Fraktionen zur Ablehnung, da dieser Betrag einem Komitee übermiesen werden sollte, an dessen Spitze Leute, wie Lüttwitz, Ludendorff usw. stehen die uns für eine richtige Verwendung dieser Gelder keine Garantie bieten. Des weiteren wurde nach lebhafter Debatte der Magistrat beauftragt, den im Januar gefaßten Beschluß zur Errichtung eines Sportplatzes baldigst durchzuführen. In ein besonderes Licht wurde die Wirtschaft im städt. Wasserwerk durch eine Anfrage des Genossen Hampe bezw. Ueberstundenarbeit gerückt. Von unserem Redner wurde festgestellt, daß dort vom Maschinisten West in 8 Wochen 500 Ueberstunden mit 1925 Mk. Ueberstundenlohn neben der übrigen Arbeitszeit geleistet wurden, also täglich 16—18 Stunden Arbeitszeit und zwar unter Leitung eines rechts-„sozialistischen" Stadtrates. Diese Unbeherrschtheit wurde von den „Sozialisten" mit der Begründung verteidigt, daß an den Ueberstunden die achtstündige Arbeitszeit scheitern wäre. Nun Herr Stadtrat wir würden raten, die täglich 17stündige Arbeitszeit einzuführen, dann wären nur noch 7 Ueberstunden nötig, um den Tag richtig auszufüllen! Auch über das Wohnungselend entspann sich eine rege Debatte. Der Rechtssozialist Alpers rief nach einem Wohnungsdiktator; derselbe Rechtssozialist Alpers war es, welcher im vorigen Jahre mit allen Kräften an der Beseitigung des Arbeiterrates — durch dessen Arbeit bei der rücksichtslosen Aufteilung großer Wohnungen die Wohnungsnot wesentlich gelindert wurde — gewirkt hat. Beachtlich ist dieses Bekenntnis zur Diktatur bei diesem „Sozialisten" immerhin. Hoffen wir, daß es nicht nur ein vorübergehender „Schwächeanfall" war. Man kann auch in diesem Falle wieder sagen: „Die Erkenntnis kommt, wenn auch reichlich spät." — Anschließend sei noch bemerkt, daß die Sitzungen der Stadtverordneten öffentlich sind, also jeder Einwohner als Zuhörer Zutritt hat. Unsere Genossen sollen die Tätigkeit ihrer Vertreter kontrollieren; deshalb müssen sie in weit höherem Maße als bisher den Sitzungen beiwohnen.

Zschornewitz. Parteiversammlung. Die hiesige Ortsgruppe der USP. hielt am 24. August im Gasthofe der Kolonie ihre Monatsversammlung ab. Der Besuch war seit längerer Zeit endlich einmal ein guter zu nennen. Genosse Wähne erstattete den Bericht vom Kreistag in Delitzsch. Die dort gefaßten Beschlüsse wurden nach ausgiebiger Debatte gutgeheißen. Genosse Schäffner gab den Bericht von der Sitzung der kommunalen Beratungsstelle Bitterfeld. Die Versammlung war einstimmig der Meinung, daß in dieser für die kommunale Politik wichtigen Korporation intensiver gearbeitet werden muß, als es in der Sitzung am Sonntag, den 22. August, der Fall war. Die Delegierten waren nicht in der Lage, über den 3. Punkt der Tagesordnung zu berichten, weil über diesen Punkt gar nicht gesprochen worden ist. Eine rege Diskussion entspann sich dann beim Punkt Verschiedenes. Es wurde das Verhalten eines Genossen am Orte scharf kritisiert, da er in einer persönlichen Sache gegen einen Parteigenossen den Kadi anrufen will, obwohl der Verdacht auftauchte, daß ersterer in nicht einwandfreier Weise gegen den Genossen opponiert hatte. Um das Versammlungswesen am Orte auf eine gesunde Basis zu bringen, wurde beschlossen, daß an jedem Mittwoch nach dem 1. eines jeden Monats die Monatsversammlung im Koloniegasthofe stattfinden soll mit vorhergehender Vorstandssitzung. Zu Unterkassierern wurden für Zschornewitz die Genossen Hermann Gellrich und Max Hoffmann und für Golpa der Genosse Julius Krone gewählt. In den Vorstand der neugegründeten Frauengruppe wurden die Genossinnen Schoof, Fischer und Bormann gewählt. Einige interessante Ausführungen wurden über den am Orte bestehenden Frauenverein gemacht. Es muß Aufgabe der Genossen und Genossinnen sein, Mitglieder dieses Vereins für uns zu gewinnen. Weiterhin wurden die Genossen aufgefordert, sich an dem Jugendtag am 5. September in Muldenstein zu beteiligen. Des weiteren findet am Sonntag, den 29. August, eine Zeitungsagitation statt. Mehrere Genossen müssen sich noch daran beteiligen.

Glesien. Parteiversammlung. Die am 21. August stattgefundene Versammlung des Ortsvereins Glesien nahm den Bericht des Kassierers entgegen. Ihm wurde Entlastung zuteil. Sodann gab der Vorsitzende den Bericht vom letzten Kreistag. Hieran schloß sich eine lebhafte Debatte. Die Abhaltung des Kinderfestes wurde nach kurzer Aussprache von der Versammlung gegen 4 Stimmen endgültig abgelehnt. Beim Punkt Verschiedenes wurde zunächst eine Resolution gegen das Verhalten der Jugend bei Veranstaltungen und Festlichkeiten einstimmig angenommen. Der Vorstand wurde beauftragt, allen Vereinsvorständen die Resolution zu übergeben, damit in den Versammlungen auf die Mißstände hingewiesen und aufklärend auf die Jugend eingewirkt wird. Ebenfalls sollen die Vereine sofort Neuwahlen zum Ortskartell vornehmen, um eine andere Besetzung herbeizuführen. Es entspann sich dann noch eine lebhafte Debatte über politische Fragen. Leider sind ein großer Teil unserer Genossen nur zahlende Mitglieder; doch das muß anders werden. Auch unser Volksblatt muß mehr verbreitet werden. Leider gibt es noch sehr viele Arbeiter hier, welche die bürgerlichen Giftblätter bevorzugen. Eines jeden Genossen Aufgabe muß sein, neue Volksblattleser zu gewinnen.

Wittenberg. Stadtverordnetensitzung. Zu Beginn der Sitzung entstand eine Debatte über die schlechte Versorgung der Stadt mit Milch und Reichsware. Wenn auch bei derlei Anfragen selten etwas Positives herauskommt, so wurde doch betreffs der Verteilung der Reichsware eine ungenügende Organisation festgestellt; ähnlich liegt es bei der Milchversorgung. Wenn die Stadt nicht derber zufaßt, wird eine bessere Versorgung kaum eintreten. Frau Müller (SPD.) hat ihr Mandat niedergelegt. Zur Speisung noch bedürftiger Volksschulkinder werden unter dem Titel Bauamt 113,600 Mk. bewilligt. Die Erhöhung der Gehälter der Mittelschullehrer und Lyzeallehrer erfordert für erstere 146,700 Mark, für letztere 146,008 Mk.; beiden Vorlagen wird nach kurzer Diskussion zugestimmt. Für Reparaturen sind erforderlich: in der Mittelschule 2500 Mk., in der Elstervorstadtschule 1500 Mk., im Durchstich 1200 Mk., Knabenbürgerschule 2000 Mk. denen gleichfalls zugestimmt wird. An Nachbewilligungen müssen infolge Ueberschreitungen einzelner Etats insgesamt 1 213 555,00 Mk. nachbewilligt werden, desgleichen eine Nachforderung für Polizeizwecke in Höhe von 10 000 Mk. Zurückgestellt wird die Beschlußfassung über die Erhöhung der Krankenhauspflegesätze. An außerordentlicher Unterstützung für die Volkshochschule werden 750 Mk. bewilligt und gleichzeitig an Stelle von zwei Ausgeschiedenen der Vorsteher Friedrich und Gen. Wagner in den Vorstand der Volkshochschule gewählt. Zu einer langen Diskussion führt die Neuregelung der Löhne der städtischen Arbeiter. Ein Teil der Rechten wünscht Anklammerung an die Tarifvertrag des Arbeitgeberverbandes (dessen Mitglied die Stadt ist!), die Familienzulagen vorsieht, was die Arbeiter abgelehnt haben. Sie forderten 4,50 Mk. pro Stunde; man hat sich auf 4,40 Mk. für 1. Klasse, 4,20 Mk. 2. Klasse, 4 Mk. 3. Klasse und 3 Mk. für Frauen geeinigt. Gen. Arndt verlangt Zurückverweisung, da auf die Arbeiter ein Druck ausgeübt sei, was der Magistrat entschieden bestreitet. Im Laufe der Debatte fordert Gen. Lerchenstein, daß die Stadt aus dem Arbeitgeberverband austrete. Nach langem Hin und Her wird der Satz von 4,40 Mk. angenommen. Vor der Abstimmung erklärte Gen. Arndt, die Vorlage abzulehnen, weil die vorgesehenen Löhne Hungerlöhne darstellen, was einen lebhaften Protest der Bürgerlichen herausfordert. An der Mittelschule erhalten einige minderbemittelte Schüler freie Lernmittel, wofür 2000 Mk. nachbewilligt werden. Nach Erledigung einiger weiterer geschäftlicher Sachen wird der Bericht des Einwohnermeldeamts bekanntgegeben, wonach wieder 100 Einwohnermehr zugezogen sind. — In geheimer Sitzung wird dann noch ein Stiftungsfall vergeben.

Reinsdorf bei Wittenberg. Ein Kriegerdenkmal wurde hier kürzlich geweiht. Es hat ein paar tausend Mark gekostet; Herr Schaff hat seinen Willen durchgesetzt. Es wird von ihm und seinen bürgerlichen Freunden zwar immer über die Notwendigkeit des Sparens geredet, aber selber kehrt er sich nicht daran. Die Hauptsache ist, daß die Herrschaften vom Kriegerverein wieder einmal mit dem Schwert rasseln konnten. Das taten sie bei der Weihe des Denkmals reichlich. Für die lebenden Kinder hatte man nicht so viel übrig, wie für die Toten. Das Geld zum Kinderfest mußte durch freiwillige Sammlungen aufgebracht werden.

Herzberg. Hartnäckiger Selbstmörder. Kürzlich bemerkte der Deichwärter Sieslaczek aus Altherzberg und zwei Arbeiter, die mit ihm waren, wie ein etwa 60 Jahre alter, großer schlanker Mann am Wehr in die Elster sprang. Der Deichwärter fuhr mit dem Kahn zu dem Manne hin, konnte aber nicht nahe an ihn herankommen. Er reichte ihm dann eine lange Stange zu, die der Mann aber ausschlug; gleich darauf ging er unter. Der Selbstmörder wurde als der seit einiger Zeit hier wohnhaft gewesene Packmeister Schmidt festgestellt.

Rockwitz. Die nächsten Gerichtstage finden am 1. und 2. September vormittags im Waldschlößchen Gasthofe statt. Am 1. September abends werden Terminsachen erledigt, am 2. September nachmittags Anträge nicht mehr entgegengenommen.

Liebenwerda. Vermißt. Aus Furcht vor Strafe hat sich der beim Musikdirektor Schumann hier beschäftigte Musiklehrling Siegfried Treppen heimlich entfernt. Er ist korkig, trägt graue, kurze Schülerhose, dunkle Weste und dunkles Jackett und ist vermutlich ohne Kopfbedeckung. Der Junge hat etwas jüdisches Aussehen, schwarzes Haar, ist sehr redegewandt und 15 Jahre alt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß er sich falsche Namen beilegt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200830-15/fragment/page=0003

U.T

Leipziger Straße 88 Fernruf 1224 — **Alte Promenade 17a** Fernruf 5728

Erstaufführung!

Joe Deebs in **Das Skelett des Herrn Markuhes.** Neuester Detektiv-Film in 4 Akten. Das myster. Raritätenkabinett des Doktors. — Das Skelett des Raubmörders Wald. — Die höchst spannenden Aufklärungen des Detektivs Joe Deebs. Vorführ.: 5.30 7.30 9.30.

Hexengold. Filmspiel in 5 Akt. nach dem gleichnamigen Roman v. H. Courts-Mahler. Hauptrolle: **Edith Meller.** Vorführ.: 4.00 6.10 8.20.

Beginn 4 Uhr. Wochentags bis 5 Uhr kleine Preise bei vollem Programm!

1. Glorieffilm d. Serie 1920/21. **Der weiße Pfau.** Die Tragödie einer Tänzerin. — 5 Akte. — Der Film zeigt den Werdegang einer berühmten Tänzerin von dem mißhand elt. Zigeunermädch. zur Schöpferin des „weißen Pfau", einer Riesenerfolg bringenden Tanzscene. **Grit Kegesa, Hans Mierendorff** spielen m. vollend. Mimik u. gr. Hingebung d. Hauptr. Vorführ.: 4.40 6.50 9.00.

Arnold Rieck i. Lustsp. in 5 Akt. **Der Künstler** Die neuesten Wochenschau.

Beginn 4 Uhr.

Eintrittskarten haben nur am **Tage der Lösung Gültigkeit.**

Gr. Ulrichstraße 51. **Licht-Spiele** **Fernspr. 4681.**

„Ferréol"

Großes Schauspiel in 6 Akten. Bearbeitet von Franz Hofer. In den Hauptrollen: Ernst Deutsch, Olaf Storm, Hermann Picha, Erika Gläßner, Olga Engl, Margit Barnay. Vorführung: 4.45 6.50 9.00.

Das Glücksschwein. 3 lustige Akte. In der Hauptrolle: **Paul Heidemann.** Sonntags und Wochentags Einlaß 3½ Uhr. Beginn 4 Uhr. 3230

Bellamy Ein Rückblick aus dem Jahre 2000. 5,00 Mk., Porto 40 Pf. **Volksbuchhandlung.**

Apollo-Theater Heute Tägl. 8 Uhr. Heute z. vorletzten Male: **„Eine Nacht im Paradies"** Operette in 3 Akten von W. Bromme.

Deutscher Bauarbeiterverband
Bezirksverein Halle.

Mittwoch, den 1. September, abends ½8 Uhr im Volkspark (Restaurationssaal):

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Der Abschluß unserer Lohnverhandlungen.
2. Gewerkschaftliche Angelegenheiten.

Vollzähliges Erscheinen der Mitglieder ist Pflicht, auch die in Leuna arbeitenden Kollegen müssen an dieser Versammlung teilnehmen.

3268 Die Ortsverwaltung.

Konsumverein f. Wittenberg u. Umg., e. G. m. b. H.

Dienstag, den 7. September, abends 7½ Uhr, im Saale des Herrn Brendenberg, Kurfürstenstr. 11:

Generalversammlung.

*1650 Tagesordnung:
1. Festsetzung der Gehälter der angestellten Vorstandsmitglieder. 2. Wahl eines Vorstandsmitgliedes. 3. Errichtung einer Verkaufsstelle in Zahna. 4. Anträge der Mitglieder. (Evtl. Anträge müssen bis zum 4. September bei dem Unterzeichneten eingereicht sein.

Der Aufsichtsrat. H. Schayer, Vors.

Weg mit der Plage!!! In einer Stunde vertilgen Sie unter Garantie Kopf-, Filz- und Kleiderläuse (Brut, Wanzen, Flöhe d. Mensch. u. Tier. „Ekolda", p. gesch. M. Wmd. unschädl. Verk. Schurig, Steinweg 10. Restst. 57 Ammendorf: Hallescheest. 34

Läuse Wanzen vertilgt radikal **Ekolda B.**

Bratwurst glöckle-Varieté.

Heute: mit außerlesenem Spielplan: **Ehren-Abend für Felix Vorndl,** 3247 dem beliebten Groteskt-Tanz-Humorist.

Alte Promen de 11. Ecke Gr. Ulrichstr.

Rennen in Halle (Saale).

*1656

Am **24. September,** nachmittags 2 Uhr, am **26. September,** nachmittags 2 Uhr, am **3. Oktober,** nachmittags 2 Uhr, am **24. Oktober,** nachmittags 1½ Uhr.

Außerdem am **10. Oktober** für den **Anhalt. Reiter- und Pferdezuchtverein, Dessau.**

Alles Nähere siehe Plakate.

Sonder-Angebot.
750 Winter-Ulster

Serie I	II	III	IV	V	VI
125–	175–	225–	275–	325–	375–

Man beachte die Schaufenster. 8260

Endepols & Dunker

Gr. Ulrichstrasse 19|20.

Altmessing zum höchsten Preise kauft jedes Quantum. **H. Krummhaar,** Bronzewarenfabrik. 2981 Mittelstraße 5.

Druckfachen für alle Vereine liefert in jeder Art und preiswert die **Hallische Genossenschafts-Buchdruckerei, e. G. m. b. H.**

Geschlechts-Krankheiten 951 vernichtet radikal **Lenky** Nach Herrn Dr. Schäfer. Flasche 8,00 Mark, per Kur ausreichend. In Apotheken u. Drogerien zu haben. Wo nicht erhältlich, schreibe man an Neopharm, Hannover 46

Partei-Schriften empfiehlt **Volks-Buchhandlung. Harz 42/44.**

Nur nicht drängeln! Es kommt jeder ran! **Dienstag früh 9 Uhr** beginnt der angezeigte **extra billig. Verkauf.** Ich habe diesmal keine Mühe gescheut, um mein. täglich wachsend. Kundenkreis wieder ganz was Besonderes zu bieten. Es kommt jeder u. überz. sich.

Ansicht kostenlos.

Was ich bringe, ist gut und staunend billig.
Bettbezüge, weiß 125 M.
Bettbezüge, bunt 145 M.
Elsäß. Bettbezüge 165 M.
Reinl. Bettlaken 92 M.
Schneew. Bettlaken 78 M.
Handtücher von 7,50 M.
Gerstenkorn nur 12 M.
Mitteldr.-Drell nur 18 M.
Damenhemden mit breiter Stickerei 36 M.
Beinkleider nur 34 M.
Unterröcke nur 48 M.
Bringes-Röcke nur 87 M.
Damen-Strümpfe 8 M.
Florstrümpfe 12,50 M. auch braun und weiß.
Mako-Strümpfe 23 M.

Für Herren!

Mako-Einl.-Hemd. 48 M.
Reformhemden 45 M.
Doppelhemden 52 M.
Arbeitshemden 39 M.

Ferner sehr billig: Hemdentuch, Meter 18 M. Abgabe auch ganze Stücke. Köperbarchent 16,50 M. Prima Ware nur 18 M.

Gardinen, Kinder-Hemd., Strümpfe, Schürzen, Erstlings-Hemden 5 M. Gelegenheits-Kaufhaus **Schmeerstr. 6, 1 Tr.**

Neuer Kleiderschrank (Nußbaum gestr.) 3268 billig zu verkaufen. Strauss, Seydlitzstr. 7.

Der Prozeß Ledebour Vollständige Ausgabe nach dem stenographischen Bericht. In dauerhaftem Halbleinenband Mk. 30. Dieses Buch kann als das wichtigste Dokument der Revolution bezeichnet werden.

Annehmen oder ablehnen? Die Unabhängige Sozialdemokratie u. d. Friede. Mit Beiträgen von K. Kautsky, Otto A. Graf, C. Ballod, A. Stein, R. Hilferding u. H. Haase. 48 Seiten. Mk. 0,50. Diese Schrift behandelt die Stellung der Unabhängigen Sozialdemokratie z. Friedensfrage.

Bauer, Otto, Der Weg zum Sozialismus. 328 S. Mk. 0,75. Unter der zahlreichen Broschürenliteratur zum Thema Sozialisierung nimmt die Broschüre des bedeutend. österreichischen sozialistischen Theoretikers Otto Bauer eine hervorragende, wenn nicht die erste Stelle ein.

Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages der U. S. P. D. abgehalten in Berlin vom 2.–6. März 1919. 286 Seiten. Mk. 5,–.

Sozialist, Der, Unabhängige sozialdemokratische Wochenschrift. Herausgegeben von Dr. Rud. Breitscheid. Abonnement vierteljährlich Mk. 10,50. Einzelnummer Mk. 1,–.

Volksbuchhandlung. Halle a. S., Harz 42/44. Zahlungen durch Postscheckamt Leipzig Nr. 16103.

Chesterfield Nebo, Camel Happi Hit, Fairfax 3198

Deutsche Zigaretten zu Fabrikpreisen. Für Wiederverkäufer! **Poststraße 6, K. Gimpel.**

Nur kein Geld! 3261 Ich zahle für: **Kanin . . . Stück bis 5 Mk. Ziegenfelle Stück bis 50 Mk.** Nehme auch zum Zurichten an. Gerbe auch zu Fensterlieder. **E. Günther, Graseweg 8.**

Versch. getragene Herrengarderobe preiswürdig zu verk. 3264 Ludwig, Kraulenstr. 24/25.

Korbländer m. Himmelstange, 1 neue Grube mit Rohr, 1 Küchentagere, echt Porzell., zu verkaufen. 3247 Teuscher, Thomasiusstr. 47, Hof II.

Mittwoch, den 1. September, vormittags, steht ein großer **Transport Ferkel** im Blaufelder Hof in Halle billig zum Verkauf. *1654 Kuhlemann, Gebenstorm.

Reparaturen an Uhren 3240 übernimmt bei solider Ausführ. z. mäß. Preis. **Gottfr. Schraut** Uhrmacher nur Schmeerstr. 4.

Tücht. Schieferdecker 3244 stellt sofort ein Harz 30 I.

Jahrgang 4 Soeben erschien Heft 10

DAS FORUM

Herausgegeben von Wilhelm Herzog

DAS FORUM IST DAS ORGAN DER AVANTGARDE DES REVOLUTIONÄREN SOZIALISMUS

☆

Preis des Heftes Mark 4.– Erhältlich in allen Buchhandlungen.

Gustav Kiepenheuer Verlag, Potsdam

Teschenuhr, Jyklindernhut 54, Stetin, 100 Stück Premi. Volk. (orig.), einf. Kinderwag. z. verk. Advokatenweg 18, II L.

Schulbücher aller Art Tafeln, Schiefer, Federkästen, Bleie, Zeichenblocks, Zeichenständer, Tornister rc. Zu beziehen durch die **Volks-Buchhandlung.**

Am Sonnabend, den 28. August, früh 7 Uhr, verunglückte tödlich unser lieber Sohn und Bruder **Otto** in seinem 28. Lebensjahr. Dies zeigen an 3255 **Friedrich Rüber u. Frau u. Geschw.**

Von der Reise zurück. *1655 **Zahnarzt Burckhardt,** Schmeerstr. 20.

Pa. Wollene Strickgarne schwarz und grau

½ Pfund	14.00	16.00	19.50	22.50
½ Pfund Schmidt'sche			18.00	19.00

Für Wiederverkäufer günstigste Einkaufsgelegenheit.

Brummer & Benjamin. Große Ulrichstraße 22/23. 3262

Arbeitsmarkt

Sekretär.

Der Ortsverein Hamburg sucht per sofort **zwei Sekretäre** mit besten organisatorischen und agitatorischen Fähigkeiten. *1651

Einer der Sekretäre muß praktische Erfahrungen in der Rätebewegung besitzen.

Diesbezügliche Bewerbungen müssen auf obige Bedingungen Bezug nehmen und mit einem kurzen Lebenslauf bis zum 10. September 1920 an den Genossen Jung, Parteibureau USP., Hamburg 11, Oberstraße 6, 3. Etage, eingesandt werden.

Familien-Nachrichten

Die Geburt eines gesunden Jungen zeigen in höchster Freude an **Emil Friedrich u. Frau Hedwig geb. Götze.** Halle, den 30. August 1920. Friesenstraße 22. 3257

Nach kurzem, schwerem Leiden verschied am 27. August unser alter langjähriger Vertreter,

Herr Eduard Döring, Radewell.

In dem Heimgegangenen, der stets treu für unsere Interessen eingetreten ist, betrauern wir einen fleissigen und strebsamen Mitarbeiter, dessen Andenken wir stets in Ehren halten werden.

Hanisch & Neumann, Brauerei, Döllnitz (Saalkreis). 3264

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200830-15/fragment/page=0004

Kommunistische Partei und Weltrevolution.

Der zweite Kongreß der 3. Internationale in Moskau nahm einstimmig

Thesen über die Aufgaben des Kommunismus in der Weltrevolution

an, die auch für alle anderen proletarischen Parteien, die auf dem Boden der Diktatur des Proletariats stehen, nicht ohne Interesse sind. Einleitend heißt es zunächst, das Proletariat aller Länder mit bedeutender Arbeiterbewegung stünde vor entscheidenden Kämpfen, in der Epoche der erbittertsten Bürgerkriege um die Eroberung der politischen Macht. Es bedürfe dazu einer straffen Organisation, die, wenn sie schon während der Pariser Kommune 1871 vorhanden gewesen wäre, viele Irrtümer und Schwächen im damaligen Aufstande vermieden hätte. Dann heißt es, die Kommunistische Partei sei ein Teil der Arbeiterklasse, und zwar der fortgeschrittenste, revolutionärste und habe keinerlei von den Interessen der gesamten Arbeiterklasse abweichende Interessen. Sie unterscheidet sich von der gesamten Arbeiterklasse durch ihre Uebersicht über den historischen Weg des Proletariats in seiner Gesamtheit und verteidige nicht die Interessen einzelne seiner Gruppen, sondern seiner Gesamtheit. Deshalb könne sie allein der

Hebel zum Fortschritt des Proletariats

und Halbproletariats sein. Bis zur Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse werde sie zwar unter günstigen Umständen einen geistigen und politischen Einfluß auf alle proletarischen und halbproletarischen Schichten der Bevölkerung ausüben, aber nur eine Minderheit davon in ihren Reihen organisatorisch erfassen können. Erst nach Sinsetzen der proletarischen Diktatur auf allen Gebieten, nach der endgültigen Niederlage der bürgerlichen Ordnung, würden alle oder fast alle Arbeiter zur Kommunistischen Partei kommen.

Die Begriffe

„Partei" und „Klasse"

müßten scharf unterschieden werden. Zweifellos seien die unter dem Einfluß reaktionärer Gewerkschaften und Parteien (liberale und christliche Gewerkschaften Englands, Deutschlands usw. Scheidemann, Compers und Konsorten) stehenden Proletarier Teile der Arbeiterklasse, wie überhaupt unter gewissen historischen Verhältnissen ihre Durchsetzung mit reaktionären Schichten möglich sei. Der Kommunismus habe die Aufgabe, sie zu sich emporzuziehen, nicht zu ihnen herabzusteigen, wie das im Kriege geschehen sei, an dessen Beginn die Sozialverräter aller Länder sich für ihre Unterstützung der Bourgeoisie stets konsequent auf den entsprechenden Willen der Arbeiterklasse berufen hätten. In allen solchen Fällen sei es Aufgabe der proletarischen Partei, der Stimmung der Mehrheit der Arbeiter entgegenzutreten und nur die historischen Interessen des Proletariats zu vertreten. Wenn die russischen Menschewiki (die sogen. Cetonomisten) zu Beginn des 20. Jahrhunderts den offenen politischen Kampf gegen den Zarismus verwarfen, weil die Arbeiterklasse noch nicht zum Verständnis des politischen Kampfes gelangt sei und die „rechten" deutschen Unabhängigen sich für ihre „Halbheiten" auf den Willen der Massen beriefen, so hätten beide nicht verstanden, daß die Partei den Massen den Weg zu zeigen und voranzugehen hätte . . .

Die Thesen weisen dann scharf die Idee zurück, daß der Zusammenbruch der alten „sozialdemokratischen" Parteien der 2. Internationale den Zusammenbruch des proletarischen Parteiwesens überhaupt bedeuten könnte und sagen, die Epoche des direkten Kampfes um

die Diktatur des Proletariats

habe als neue Partei des Proletariats die kommunistische geboren. Aufs entschiedenste müsse die Ansicht zurückgewiesen werden, die proletarische Revolution könne sich ohne politische Partei vollziehen. Vielmehr könne das Proletariat sie ohne die Führung einer organisierten und erprobten Partei mit streng ausgeprägtem Ziel und Programm nicht durchführen. Der Klassenkampf brauche zugleich die zentrale Zusammenfassung und die gemeinsame Leitung der verschiedenartigen Formen der proletarischen Bewegung: Gewerkschaften, Konsumvereine, Betriebsräte, Bildungsarbeit, Wahlen und dergl. Nur die politische Partei könne ein zusammenfassendes und leitendes Zentrum sein. Deshalb bedeute die Agitation der revolutionären Syndikalisten, Unionisten und KAPD. sachlich eine Unterstützung der Bourgeoisie und gegenrevolutionären „Sozialdemokraten" und gegenüber den Postulaten des Marxismus einen Schritt rückwärts. Zum Siege über die Bourgeoisie verhelfe

nicht allein der Generalstreik,

die Taktik der verschränkten Arme, sondern schließlich nur der bewaffnete Aufstand, zu dessen Führung abermals die politische Partei unumgänglich notwendig. Nur sie auch könne die Rolle der „entschlossenen revolutionären Minderheit" spielen, von der die Syndikalisten usw. sprächen. Die Kommunistische Partei sei dazu berufen und habe sich zur

Revolutionierung des Proletariats

aller erdenklichen Mittel zu bedienen, auch des Zusammenarbeitens mit Bewegungen und Organisationen nichtkommunistischer Art, ja, selbst solcher, die ausgesprochen reaktionärer Natur seien (gelbe Verbände, christliche Verbände). Innerhalb solcher Organisationen müsse die Kommunistische Partei die Arbeiter davon überzeugen, daß die Jedee der Parteilosigkeit als Prinzip von der Bourgeoisie daß die Idee der Parteilosigkeit als Prinzip von der Bourgeoisie organisierten Kampf um den Sozialismus gefördert und propagiert werde.

Ueber die klassische

Dreiteilung der Arbeiterbewegung

in Partei, Gewerkschaften und Genossenschaften sagen die Thesen, daß sie als Ergebnis der siegreichen russischen Revolution ersetzt worden sei durch die Teilung in Partei, Sowjets und Produktionsverbände (Gewerkschaften) unter Führung der Kommunistischen Partei als „organisierter Vortrupp" des Proletariats. Die Führerrolle der Kommunistischen Partei sei auch durch die Entstehung der Sowjets als „historische Grundform der Diktatur des Proletariats" keineswegs überholt. Die anfängliche Gegnerschaft der Sowjets — in Rußland, Deutschland und anderen Ländern — gegen die Partei und ihre Unterstützung der Politik der Agenten der Bourgeoisie sei vorüber. Die Kommunistische Partei dürfe sich niemals irgendwelchen Richtungen in den Sowjets — für die jetzt auch Unabhängige und Rechtssozialisten ein „Lippenbekenntnis" ablegten — anpassen, sondern stets darauf hinarbeiten, ihre Führung in die Hand zu bekommen, damit die Sowjetidee nicht verdreht werden könnte.

Auch nach der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat bleibt die Kommunistische Partei nur ein Teil der Arbeiterklasse, aber derjenige, der den Sieg organisiere; seit etwa zwei Jahrzehnten wie in Rußland und seit Jahren wie in Deutschland immer gegen die Bourgeoisie und diejenigen „Sozialisten" kämpfe, die die Träger der bürgerlichen Beeinflussung des Proletariats seien. Nur ihre Geschlossenheit könne die Schwierigkeiten überwinden, die sich der Arbeiterklasse am Tage nach dem Siege in den Weg stellten. Erst mit der völligen Vernichtung der Klasse könne sich die Kommunistische Partei vollständig in der Arbeiterklasse auflösen, dann, wenn der Kommunismus sein Kampfobjekt mehr sei und die Arbeiterklasse kommunistisch.

Die Kommunistische Internationale hält besonders auch in der Zeit der Diktatur des Proletariats einen Aufbau der Kommunistischen Partei auf der Grundlage eines eisernen proletarisch-demokratischen

Zentralismus mit eiserner Disziplin

für notwendig. Sein Hauptprinzip ist die Wählbarkeit der oberen Parteiinstanzen durch die unteren. Die Autorität des Parteizentrums muß von einem Parteitag zum andern für alle führenden Genossen bindend sein. Die Propagierung einer weiten „Autonomie" für die einzelnen lokalen Parteiorganisationen begünstigt die auflösenden Tendenzen und schwächt die Aktionsfähigkeit. In Ländern unter Herrschaft der Bourgeoisie oder einer gegenrevolutionären Sozialdemokratie ist illegale mit legaler Arbeit planvoll zu kombinieren, wobei die legale Arbeit stets der Kontrolle der illegalen Organisation unterliegt. Die Kommunistischen Fraktionen sowohl in zentralen wie lokalen Parlamenten unterstehen ganz der Kontrolle der Gesamtpartei, ob sie nun legal oder illegal arbeiten muß, desgleichen die gesamte Parteipresse. Ueberall wo sich Gelegenheit bietet, in Sowjets, Gewerkschaften, Konsumvereinen, Betrieben, Mieterräten usw ist eine kommunistische „Zelle" zu bilden. Auch die in parteilosen Organisationen tätigen Kommunisten unterstehen durchaus der Kontrolle der Gesamtpartei. Besonders wichtig erscheint auch die Bildung kommunistischer Zellen auf dem Lande.

Am Schlusse der insgesamt 19 Thesen wird gesagt, daß die internationale Organisation des Proletariats nur dann stark sein kann, wenn in allen Ländern, wo Kommunisten kämpfen, jeder nicht „parteimäßigen" Arbeiterorganisation, die ehrlich einen revolutionären Kampf gegen die Bourgeoisie führen werde die Kommunistisch Internationale zusammenarbeiten. Dabei wird werde sie die Proletarier der ganzen Welt auf die Notwendigkeit einer straffen zentralisierten Kommunistischen Partei als Haupt- und Grundwaffe zur Befreiung der Arbeiterklasse hinweisen und zugleich auf die Notwendigkeit, daß in jedem Lande nur eine einzige einheitliche Kommunistische Partei bestehen könne.

Die christlichen Arbeiter und der Sozialismus.

Zahlreiche christlich gesinnte Arbeiter sind Gegner des Sozialismus; sie stimmen bei den Wahlen meist für die rechtsstehenden Parteien. Wir sehen ganz ab vom Zentrum, dem viele katholische Arbeiter Gefolgschaft leisten; auch die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei stützen sich auf hunderttausende christliche Arbeiterfamilien. Diese wählen ihre schärfsten Gegner; sie beauftragen mit der Wahl rechtsstehender Parteien Großgrundbesitzer, Kapitalisten und deren Söldlinge mit der Vertretung ihrer Interessen bei der Gesetzgebung.

Daß dadurch nicht das Wohl der christlichen Arbeiterfamilien gefördert wird, ist selbstverständlich. Die Großgrundbesitzer, die Industriellen, die Kapitalisten, ganz gleich welcher Konfession sie sind, sorgen zunächst für sich. Alle Gesetze der bürgerlich-kapitalistischen Mehrheit sind darauf zugeschnitten. Die Arbeiter versucht man mit Sozialpolitik zu beschwichtigen, die aber ihr Elend nicht beseitigt, ja nicht einmal wesentlich lindert.

Solange es in Deutschland eine Arbeiterbewegung gibt, ist sie gespalten. Die Besitzenden haben stets ein großes Interesse daran gehabt, zu verhindern, daß die Arbeiter aller Konfessionen sich in einer Bewegung zusammenfinden. Sie selbst denken nicht daran, katholische, evangelische, jüdische oder religionslose Unternehmerverbände zu gründen. Der jüdische Kapitalist sitzt zusammen mit dem atheistisch oder katholisch gesinnten Unternehmer, und sie beraten einträchtig, wie sie am besten die Arbeiter (auch die christlichen) niederhalten und ausbeuten können!! Gleichzeitig aber wissen sie und ihre Organe den Arbeitern einzureden, daß gelbe, christliche, nationale Verbände die Arbeiterinteressen am besten förderten. Vor allem aber warnt die Unternehmerpresse die Arbeiter vor dem „verderblichen Sozialismus", und es wird ihnen abgeraten, am Klassenkampf teilzunehmen. Besonders schlecht zu sprechen ist man auf die Diktatur des Proletariats. Daß die Besitzenden herrschen, hält man für ganz natürlich. Wenn aber die Besitzlosen die Herrschaft erstreben, wird das als Verbrechen hingestellt, obwohl sie die große Mehrheit der Bevölkerung bilden und die produzierenden Schichten sind. Die Besitzenden haben auch verstanden, die Religion in ihren Dienst zu stellen und sie zur Trennung der Arbeiter zu benutzen, was besonders skrupellos ist. Ein großer Teil der Geistlichkeit hat ihnen dabei Hilfe geleistet. Dabei hat die Religion mit den Fragen der Wirtschaftssysteme, der Verbesserung der Lage der Arbeiter, nichts zu tun. Die Unternehmer beweisen ja das durch ihr Verhalten. Der evangelische oder katholische Arbeiter aber soll sich nicht mit dem religionslosen oder jüdischen Arbeiter zusammenfinden. Logisch ist das nicht. Trotzdem haben wir die konfessionellen Arbeiterverbände; trotzdem wählen die christlichen Arbeiter die kapitalistischen Parteien. Wir müssen ihnen sachlich und ruhig auseinandersetzen, wie unrichtig das ist. Wir können dabei gute Gründe anführen.

Die christliche Arbeiterbewegung war bis zum Kriege eine Stütze des Privateigentums und der Monarchie. In den Grundanschauungen der christlich-nationalen Arbeiterbewegung hieß es, die Erstrebung einer völlig neuen Staats- und Gesellschaftsordnung sei verfehlt und überflüssig; ein erträgliches Verhältnis für den Arbeiter sei auch im Gegenwartsstaat durch gesetzliche Sozialreform zu schaffen. Viel verankert in deutscher Geschichtsentwicklung und Sinnesart hatte die christlich-nationale Arbeiterbewegung in unverbrüchlicher Treue fest an der ungertrennbaren Gemeinschaft zwischen Fürst und Volk. In einer starken Monarchie erkenne sie die bewährten Grundlagen staatlicher Ordnung. Im Privateigentum erblicke sie eine unvilgbar begründete Einrichtung.

Die christliche Arbeiterbewegung wird eine Revision dieser Grundsätze vornehmen müssen; die „starke Monarchie" ist nicht mehr, und eine neue Staats- und Gesellschaftsordnung, die als überflüssig bezeichnet wurde, ist im Werden, ringt sich durch. Das Privateigentum unterliegt wie alles andere dem Naturgesetz der Entwicklung. Es ist keine „unvilgbar begründete Einrichtung". Den christlichen Arbeitern wurde erklärt, eine sozialistische Gesinnung sei Sünde; das Streben nach Sozialismus sei wider die Gebote der christlichen Kirche. Das wurde natürlich von Vertretern der kapitalistischen Wirtschaftsordnung gelehrt. Dabei ist das Christentum als eine Religion der Armen und Unterdrückten entstanden, und das Urchristentum war bis zu einem gewissen Sinne kommunistisch. Alle Kirchenväter, Bischöfe, die heute als Heilige verehrt werden, wie der heilige Clemens, der heilige Cyprian, Bischof Basilius, der heilige Ambrosius, Gregor von Nyssa, der heilige Chrysostomus, Papst Gregor der Große haben gelehrt, daß die Erde das gemeinsame Gut aller sei, daß die Natur alle Güter allen Menschen gemeinsam gebe.

Später wurde die christliche Kirche eine gewaltige Macht; sie brachte große Ländereien an sich, herrschte als Feudalherrin und hatte nunmehr für kommunistische Ideen und Bestrebungen keinen Sinn. Als der Kapitalismus aufkam, fand sie sich mit ihm ab und erklärte ihn als „göttliche Einrichtung". Und man soll sich keiner Täuschung hingeben: ist der Sozialismus die maßgebende Wirtschaftsform, hat er den Kapitalismus überwunden, so wird die christliche Kirche sich der neuen Situation anzupassen wissen. Die Religionsgesellschaften sind auch in keiner Weise gefährdet. Nur die Trennung von Staat und Kirche wird durchgeführt; die Unterstützung der Kirche durch den Staat hört auf; es bleibt jedem unbenommen, zu glauben, was er will, sich mit seinen Glaubensgenossen zusammenzufinden. Geistliche zu besolden. So werden die Religionsgesellschaften ihre Unabhängigkeit bekommen. Der Sozialismus will nicht die Religion unterdrücken oder ausrotten. Er hat wichtigere Dinge zu tun, als sich um das persönliche Glaubensbekenntnis der einzelnen Mitglieder der Gesellschaft zu kümmern.

Dann ist — wiederum von christlichen Anhängern des Kapitalismus — der Klassenkampf als Sündhaft bezeichnet worden. Die Versöhnung und der Ausgleich der Klassengegensätze werden gepredigt. Der Klassenkampf ist keine Erfindung des Sozialismus; er war immer da, solange es Klassen gegeben hat; und diese sind vorhanden seit dem Aufkommen des Privateigentums an Produktionsmitteln. Und auch das Christentum ist auf dem Boden des Klassenkampfes emporgewachsen. Das jüdische Proletariat zur Zeit der Entstehung des Christentums war rebellisch; aus seinen Schichten stammen die ersten Christen, und der Rebellengeist des Urchristentums kommt auch in den Evangelien zum Ausdruck, wobei zu beachten ist, daß die „gefährlichsten" Stellen längst ausgemerzt oder überarbeitet sind. Aus der Bewegung der Armen war ein Staatschristentum geworden, das zuerst den Feudalismus, dann den Kapitalismus verteidigte, und deshalb die Korrekturen an den alten schriftlichen Ueberlieferungen vornahm.

Hätte das Urchristentum nur einen duldenden, passiven Charakter gehabt und seine Anhänger lediglich auf das Jenseits verwiesen, so hätten es die Herrschenden Roms sicherlich nicht verfolgt.

Im Verlauf der vielen Klassenkämpfe hat die Staatskirche stets zu den Herrschenden gestanden. Die katholische Kirche trat für den Feudalismus ein, als er vom aufstrebenden Bürgertum befehdet wurde. Die junge protestantische Bewegung war wohl eine bürgerliche, aber sie wahrte doch das Interesse der Besitzenden, was in ihrer Stellung zum Bauernkrieg deutlich zum Ausdruck kam. Und heute sehen wir, wie das gesamte Staatschristentum für den Kapitalismus ist.

Gegen den Klassenkampf, der gegen die Besitzlosen geführt wird, hat das Staatschristentum nichts einzuwenden. Den billigt es. Aber wenn die Besitzlosen den Klassenkampf gegen die Besitzenden führen, um zur Herrschaft zu gelangen und um eine neue Wirtschaftsordnung zu begründen, dann verwirft die Staatskirche den Klassenkampf als Sünde, als Verstoß gegen die Gebote Gottes.

Die christlichen Arbeiter müssen erkennen, daß die Staatskirche nur eine Dienerin der besitzenden, der herrschenden Mächte ist. Der Sozialismus will ihnen nicht ihren Glauben nehmen; er will ihnen eine bessere wirtschaftliche Lage erkämpfen. Deshalb ist es falsch, wenn die christlichen Arbeiter Anhänger der bürgerlich-kapitalistischen Parteien sind. Sie gehören zu uns, in die Reihen des revolutionären Proletariats.

Internationaler Metallarbeiterkongreß.

ts. Kopenhagen, 23. August 1920.

Vierter Tag.

Der Vorsitzende erteilt außerhalb der Tagesordnung das Wort an Dißmann (Deutschland) zur Begründung einer von der dafür eingesetzten Kommission eingebrachten Resolution, die eine aktive Bekämpfung der Feinde Sowjet-Rußlands und des Krieges überhaupt fordert. Dißmann führt hierzu aus:

Das Zentralkomitee habe für notwendig gefunden, auszusprechen, daß wir uns in Uebereinstimmung befinden mit der Internationale von Amsterdam, die bereits zweimal zum europäischen Kampf Stellung genommen habe: Einmal zum Kampf gegen Horthy-Ungarn, das zweite Mal zur Unterstützung der Verteidigung Sowjet-Rußlands gegen den polnischen Ueberfall.

Aber wir können diese Ereignisse im Osten nicht losgelöst von der Vergangenheit betrachten; sie sind eine Folge des Weltkrieges, darum mußte in der Revolution auch der Krieg als solcher charakterisiert und verurteilt werden als eine Methode des Kapitalismus. Im Kriege Polens gegen Sowjet-Rußland vereinigt sich das internationale Kapital, weil es sich in Rußland um eine proletarische Regierung handelt.

Angesichts der Versuche des internationalen Kapitals, seine Position zu festigen, hat die Gewerkschaftsinternationale von Amsterdam die erwähnten Beschlüsse gefaßt. Wir als Glied der Internationale haben die von ihr erlassenen Aufforderungen tatkräftigst zu unterstützen. Wir als Metallarbeiter erweitern diesen Appell dahin, daß nicht nur der Transport, sondern auch die Herstellung von Munition und Kriegsgerät verweigert werden muß. Die Metallarbeiter müssen als Avantgarde des Proletariats trotz aller Schwierigkeiten und der möglichen Schwäche in einzelnen Ländern alles daran setzen, um der Aufforderung nachzukommen. Seien wir uns der großen Aufgaben bewußt, die den Gewerkschaften zufallen, getreu den Worten: „Die Befreiung des Proletariats kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein."

Richard Müller (Deutschland) ist mit dem Ergebnis der Beratungen nicht zufrieden. Zu wenig sei zu spüren gewesen von den Wellenschlägen der Revolution. Die Abwesenheit der Russen lastet auf dem Kongreß. Der Kongreß müsse mehr den Willen zur Aktivität bekunden. Darum müssen die Metallarbeiter aller Länder zur direkten Aktion schreiten. Der Boykott gegen Ungarn habe gezeigt, daß sich die Erkenntnis zur Aktion überall bemerkbar mache. Es müsse ausgesprochen werden, daß wir in der Epoche der sozialen Revolution leben, in der die alten gewerkschaftlichen Methoden als überlebt zu bezeichnen seien.

Merrheim (Frankreich) erklärt, daß er nicht ums Wort gebeten hätte, wäre nicht Müller mit einer eigenen Resolution gekommen. Die Deutschen seien es auf den früheren Kongressen stets gewesen, die die Vorschläge der Franzosen abgelehnt hätten, im Kriegsfalle den Generalstreik zu erklären. Wenn heute Müller verlange, daß man die russischen Methoden zu übernehmen habe, dann müßten alle Delegierten nach Hause gehen und den Bürgerkrieg erklären. Er lehne dies ab. Es könne wohl die richtige Methode für Rußland sein, das keine starke Bourgeoisie habe; Frankreich aber habe 7 Millionen Bauern, die sich sofort gegen die Arbeiterklassen wenden würden.

Haas (Deutschland) erklärt sich mit den Methoden der Russen nicht einverstanden. Die Resolution der Kommission sei zu lang und enthalte zu viel starke Worte, aber angesichts der Schwierigkeiten stimme sowohl er als sein Freund Kummer dennoch dieser Resolution zu.

Stein (Oesterreich) erklärt die Schwierigkeiten, denen die Kommission bei Ausarbeitung der Resolution begegnete und wobei natürlich das ästhetische Bedürfnis nicht vollkommen auf seine Rechnung kommen könne. Die russischen Methoden könnten wir nicht verurteilen, sondern müßten sie erst studieren und dann dazu Stellung nehmen.

Dißmann (Deutschland) hebt in einem kurzen Schlußwort hervor, daß es bei der heutigen Beschlußfassung nicht darauf ankomme, über Einzelfragen Sowjet-Rußlands ein Urteil abzugeben, sondern unsere proletarische Solidarität gegenüber den russischen Brüdern zu bekunden. Das sei auch die beste Antwort auf die gewaltsame Fernhaltung der russischen Delegierten von diesem Kongreß.

Hierauf wird die von der Kommission vorgelegte Resolution einstimmig angenommen. (Wir bringen sie im Wortlaut an der Spitze des Blattes. Red. Volksbl.)

Gewerkschaftliches.

Zusammenfassung der Betriebsräte in Sachsen.

Der Gewerkschaftsausschuß für Sachsen beschäftigte sich mit dieser Frage und hat beschlossen, am 30. und 31. Oktober eine Konferenz der Ortsausschüsse (Gewerkschaftskartelle) abzuhalten. Am 30. Oktober sollen die Betriebsräte Sachsens eingeladen werden, um die Frage der Zusammenfassung über das Land zu behandeln.

Aussperrung der Textilarbeiter in der Rheinpfalz. Seit Donnerstag sind die Textilarbeiter der Baumwollenspinnereien in Speier wegen Lohndifferenzen ausgesperrt. Der Arbeitgeberverband droht mit der Aussperrung der gesamten Textilarbeiter in der Rheinpfalz. Verhandlungen sind noch nicht begonnen.

Ausstand der Transportarbeiter in Stettin. Die im Warengroßhandel, in der Spedition, im Rollgewerbe, auf den Kohlenbörsen usw. beschäftigten Transportarbeiter, mehrere Tausend an der Zahl, sind wegen Lohndifferenzen in den Ausstand getreten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200830-15/fragment/page=0005

Der Streik der Leipziger Transportarbeiter ist nach einer Dauer von vier Tagen beigelegt worden.

Zeitungssetzerstreik in England. Nach einer Meldung der Pariser Humanité aus London streiken in Manchester und Liverpool die Zeitungssetzer. Die Zeitungen können nicht erscheinen.

Aus der Provinz.

Der anhaltische Landesvorstand zur Frage der Internationale.

Uns wird folgender Aufruf zugesandt:

Parteigenossinnen, Parteigenossen! In der letzten Landesvorstandssitzung nahm der Vorstand Stellung zur Frage der Internationale. Nach einem eingehenden Referat des Genossen Böttge entschloß er sich zu folgender Erklärung:

Der Landesvorstand des Landesverbandes Anhalt der Unabhängigen Sozialistischen Partei Deutschlands, sieht in dem von der Zentrale veröffentlichten Bestimmungen zum Eintritt in die 3. Internationale keine demütigenden Bedingungen. Die 21 Punkte enthalten für jeden revolutionären Arbeiter Selbstverständlichkeiten und sind geeignet, Klarheit innerhalb unserer Partei, und damit innerhalb der Arbeiterschaft überhaupt zu schaffen. Besonders zu begrüßen ist es, daß durch die Annahme dieser Bedingungen endlich den Halbheiten unserer Politik ein Ende bereitet wird. Der Anschluß an die 3. Internationale ist nur die logische Folge unserer auf dem Leipziger Parteitag festgelegten Politik, deren entschiedene klare Durchführung leider ein Teil unserer Parteigenossen in der Presse und in der Agitation hat vermissen lassen. Der Landesvorstand erwartet vom kommenden Parteitag den Anschluß an die 3. Internationale.

Unsere Genossen bitten wir, überall sofort Mitgliederversammlungen einzuberufen und Stellung zu dieser Frage zu nehmen. Genosse Böttge übernimmt auf Wunsch das Referat.

Der Landesvorstand des Landesverbandes Anhalt der USPD.
J. A.: Otto Franke.

Merseburg. Der Molkereiskandal. Ueber die Gründe, die zur behördlichen Schließung der Schafstädter Molkereifiliale hierselbst geführt haben und zur Uebernahme des Betriebes durch die Stadt, wird berichtet: Auf Veranlassung des Molkereidirektors wurde die Vollmilch bei weitem mehr als zulässig entrahmt. Die so gewonnene Sahne wurde wahrscheinlich zum Buttern verwendet und die Butter ist dann hintenherum zu Wucherpreisen verkauft worden. Die so entrahmte „Vollmilch“ wurde durch Magermilch aufgefüllt. Die Magermilch ließ der geschäftstüchtige Direktor mit Wasser verdünnen. Eine vorgenommene Untersuchung hat ergeben, daß der Milch bis zu 50 Prozent Wasser beigemischt waren. Schlimmer konnte es die Molkerei nicht treiben. Hunderten von Kindern und Kranken entzieht man monatelang das Kräftigungsmittel und ein profitgieriger Unternehmer füllt sich auf so unsaubere Weise die Taschen. Kinder werden um ihre Milch betrogen, damit mit der verschobenen Sahne Kriegsgewinnler und Wucherer wie die Schweine gemästet werden. Der Skandal stinkt zum Himmel. Ob die Staatsanwaltschaft, der die ganze Angelegenheit zur Strafverfolgung übergeben ist, einen Bruchteil der Strenge, mit der sie gegen „Revolutionäre“ vorgeht, gegen die Molkereiverbrecher aufbieten wird?

Staritz. Der Blitz bringt es an den Tag. Unser Herr Pastor hat Unrecht gehabt, erzählt man sich hier im Dorfe, besonders bei der Jugend, die Ostern die Schule verlassen hat. Warum? Weil er im Konfirmationsunterricht den Kindern gelegentlich hoch und teuer versicherte, es sei unmöglich, daß der Blitz in eine Kirche einschlage, denn durch Gottes Fügung und weise Vorsehung könne das gar nicht passieren usw. — Nun mußten aber trotz dieser Feststellung des Dieners Gottes unsere lieben Einwohner erleben, daß beim letzten Gewitter der Blitz in unsere Kirche einschlug und vielen Schaden anrichtete. Die Turmuhr wurde vollständig demoliert und hat den Dienst versagt, ebenso wurde die Orgel und der Altar beschädigt. Nun wird unser Herr Pastor im nächsten Unterricht wohl erklären müssen, daß sich der Blitz leider noch nicht durch Gottes Wort seinen Weg vorschreiben läßt, wie es mit den Gläubigen geschieht.

Roßla. Neue Autopostverbindung. Wir haben vor kurzem auf das dem volkswirtschaftlichen Interesse zuwiderlaufende Befahren der Straße Sangerhausen—Wippra durch zwei Autolinien hingewiesen und betont, daß wir uns einen solchen Luxus nicht gestatten könnten. Bei der Beratung über Bereitstellung von Mitteln zur finanziellen Unterstützung der v. der Reichspost eingerichteten Verbindung von der Kreisstadt nach Harzgerode über Wippra wurde seitens des Vertreters des Kreises zur Bedingung gemacht, daß das unwirtschaftliche Konkurrenzfahren auf dieser Strecke aufhört und dafür eine ebenso dringend nötige Verbindung Roßla—Agnesdorf—Hayn—Straßberg geschaffen wird. Auf Veranlassung des Landrats fand nun kürzlich hier eine Konferenz derjenigen Gemeindevorsteher statt, die an dem Zustandekommen der neuen Autoverbindung interessiert sind. Bedingung für die Verwirklichung des Planes ist eine pekuniäre Beteiligung der Gemeinden hinsichtlich der prozentualen Uebernahme des sicher zu erwartenden Defizits, sowie die Errichtung von Unterkunftsräumen für die Postwagen. Sämtliche Gemeindevertreter brachten im Verlaufe der Besprechung zum Ausdruck, daß sie grundsätzlich nicht abgeneigt seien, für eine Mitbeteiligung ihrer Gemeinden einzutreten. Der Gemeindevorsteher von Hahn konnte erfreulicherweise berichten, daß seine Gemeinde einen dahingehenden Beschluß bereits gefaßt hat. Es wurde beschlossen, an alle Interessentengruppen zwecks privater Mitbeteiligung heranzutreten, die Gemeinden um Fassung zusagender Beschlüsse zu ersuchen und in aller Kürze eine neue Sitzung abzuhalten, in welcher die Einzelheiten erledigt werden sollen.

Questenberg. Aus der Gemeinde. Eine überaus wichtige Sitzung hielt die Gemeindevertretung gestern in Gegenwart des Landrats ab. Es galt endgültig Beschluß zu fassen über Abschluß eines Vertrags mit einer Gesellschaft, die die ungeheuren Gipsvorräte des Questenberges der Volkswirtschaft nutzbar machen will. Nach längerer Verhandlung kam ein Vertrag zustande, nach welchem die Gemeinde der Gesellschaft den Bergkoloß auf 99 Jahre gegen eine annehmbare Entschädigung zur Ausbeutung pachtweise überläßt. Am Bahnhof Bennungen, der zu einer Güterverladestelle ausgebaut werden soll, ist die Errichtung eines Gipswerkes geplant. Es wäre zu wünschen, daß die Bestrebungen, Industrie in der hiesigen Gegend anzusiedeln, recht bald praktische Gestalt annehmen würden, damit die Arbeitslosigkeit nicht überhand nimmt.

Sangerhausen. Volksküche. Eine Preiserhöhung wird bei der Volksküche am 1. September eintreten. Von diesem Zeitpunkt an wird sich das Liter Essen auf 1,20 Mk. stellen.

Wiehe. Bergmannslos. Auf Schacht Lossa verunglückte vorige Woche der Bergmann Friedrich Krampe von hier. Er erlitt einen schweren Knöchelbruch und Quetschungen.

Eilenburg. Das Tivoli ist um den Preis von 125 000 Mark in den Besitz des Schuhwarenfabrikanten Kleine aus Leipzig übergegangen, der seine Schuhfabrik nach Eilenburg verlegen will. Die Bewirtschaftung des Lokales bleibt in den Händen des Gastwirts Jäger.

Allerlei.

Cholera und Hungersnot in China.

Die Londoner Times melden aus Peking: Nördlich von Hunan breitet sich die Cholera in das Gebiet von Tschili aus. Viele Dörfer in der Nähe der Peking—Hankau-Eisenbahn sind schwer heimgesucht worden. Ganz Nordchina ist infolge des Ausbleibens der Frühlings- und Sommerregenfälle von Hungersnot bedroht. Dazu kommen noch die Zerstörungen, die durch große Schwärme von Heuschrecken angerichtet wurden.

[illegible] Bei einem Ausflug auf die Zugspitze durch das Höllenthal gerieten fünf Touristen in einen Schneesturm. Vier sind erfroren, einem gelang es, das Zugspitzenhaus zu erreichen. Eine Rettungsexpedition ist zur Bergung der Leichen abgegangen.

Hafenbrand in Genua. Nach einer Radiomeldung aus Genua ist im dortigen Hafen ein gewaltiger Brand ausgebrochen. Das Feuer, das noch weiter wütet, hat bereits für mehrere Hundert Millionen Waren, hauptsächlich Oele und Benzin vernichtet. — Agenzia Stefani meldet hierzu noch, daß das Feuer durch eine Explosion auf einem Frachtkahn entstanden sei. 20 Frachtschiffe mit Waren seien vernichtet worden. Personen seien nicht zu Schaden gekommen.

Halle und Saalkreis.

Halle, den 30. August 1920.

Der Rätegedanke hat gesiegt.

Erdrückende Mehrheit für die WRO.

Die Hallischen Gewerkschaftsmitglieder haben nun den Streit um die Rätefrage endgültig entschieden. Die letzte Instanz, die Mitgliedschaft, hat gesprochen und nun kann es niemanden mehr geben, der dreht und deutelt, nun hat endlich die praktische Arbeit für den Räteaufbau zu beginnen. Mögen unsere Genossen in den Gewerkschaftsämtern, denen wir vor der Abstimmung in weitestgehender Weise die Möglichkeit gaben, ihre Anschauungen hier klar zu legen, sich als Beauftragte des Massenwillens fühlen und nunmehr daran gehen, zusammen mit der Wirtschaftlichen Räte-Organisation gemäß des Aufrufes unserer Parteileitung die Zusammenfassung der Betriebsräte fördern.

Nachstehend bringen wir das Abstimmungsergebnis:

Lokale	Gewerkschaftliche Zusammenfassung	W. R.-O.	Ungültig	Insgesamt
Trothaer Ballsäle	27	827	2	856
Restaurant Quelle	69	885	10	964
Volkspark	117	1112	33	1262
Gewerkschaftshaus	137	812	6	955
Looses Restaurant	53	426	5	484
Restaurant Stützer	87	296	7	390
Gesellschaftshaus	68	312	6	386
Letzter Dreier	126	789	12	927
Loests Hof	38	633	11	682
Bellevue	122	582	4	708
MüllersRestaurant	55	399	5	459
Konsumhalle	110	1014	10	1134
Goldene Kette	94	1093	5	1192
Handelsbörse	61	415	—	476
Ammendorf	71	574	1	646
Osendorf	16	610	3	629
Bruckdorf	41	300	3	344
Wörmlitz	24	324	1	349
Nietleben	29	448	2	479
Dölau	14	247	3	264
Diemitz	30	192	—	222
Reideburg	8	221	4	233
Hohenthurm	2	52	—	54
Leuna	6	64	—	70
Landsberg	4	170	—	174
Teicha	3	516	2	521
Gröbers	5	115	1	121
Restaurant Eelka	51	192	1	244

Somit sind 15 225 Stimmen abgegeben worden, von denen sich 13 621 für die WRO. und 1468 für die gewerkschaftliche Zusammenfassung aussprachen. 137 Stimmen waren ungültig. Die Zahl der Abstimmenden wäre sicher noch viel größer gewesen, wenn man noch mehr Lokale eingerichtet hätte. Z. B. war in Cröllwitz keine Abstimmungsgelegenheit, so daß im Volkspark Kette gestanden wurde. Natürlich ließen sich dadurch viele von der Wahl abhalten. Die Gesamtentscheidung zeigt auch, daß man es ruhig hätte bei der Funktionärentscheidung vom 6. August hätte bewenden lassen sollen. Viel Bitterkeit, viel Kraftaufwand wäre erspart geblieben. Die Hallische Arbeiterschaft steht nach wie vor hinter ihren Funktionären, die im revolutionären Sinne tätig sind.

Abänderung des Kommunalbeamtenrechts.

Zwischen den Vertretern der preußischen Kommunal-Beamtenschaft (Gewerkschaftsbund der Kommunalbeamten und -angestellten, Zentralverband der preußischen Provinzialbeamten, Reichsverband der Kreisbeamten, Bürgermeisterbund, Berufsverein der höheren Kommunalbeamten) und dem preußischen Ministerium des Innern fanden am 25. August eingehende mündliche Verhandlungen über die Ausführung des Gesetzes vom 8. Juli 1920 betr. die Abänderung einiger Punkte des Kommunalbeamtenrechts (Kommunalbesoldungsrecht) statt. Den Vertretern der Beamtenschaft, die scharfe Kritik übten an der vom Ministerium erlassenen Ausführungsanweisung, die das Gesetz unwirksam machten, wurden vom Vertreter des Ministers, Herrn Staatssekretär Dr. Freund, vorbehaltlich der Zustimmung des Ministers, beruhigende Zusicherungen abgegeben, die in der Hauptsache folgenden Inhalt hatten.

1. Es soll sofort in eine Revision der Ausführungsanweisung eingetreten werden.
2. Den Kommunalaufsichtsbehörden soll, damit falsche Auffassungen ohne Verzug beseitigt werden, sofort eine allgemeine Verfügung zugehen, welche die Ausführungsanweisung in den angefochtenen Punkten in einer Weise erläutert, daß wesentliche Anstände beseitigt werden. Dabei soll insbesondere zum Ausdruck kommen:
   a) Das Gesetz ist unter dem Gesichtspunkte zu betrachten und auszulegen, daß es bestimmt ist, die Lage der Kommunalbeamten, ständig Angestellten und Anwärter zu bessern, soweit nicht die Kommunalverwaltungen selber bereits ausreichende Fürsorge getroffen haben.
   b) Die Leistungsfähigkeit der Gemeinden und Gemeindeverbände kann als maßgebend für die Erfüllung der Pflicht, die Beamten usw. angemessen zu besolden, nach Lage der Zeitumstände nicht angesehen werden.
   c) Die Aufsichtsbehörden haben gegenüber dem Willen der Gemeinden, ihre Beamten in den staatlichen Gruppenplan einzuordnen, die der Selbstverwaltung gegenüber gebotene Zurückhaltung zu üben. Sie sollen nicht engherzig, sondern wohlwollend urteilen und sich darauf beschränken, Auswüchse zu beseitigen. Ihre Hauptaufgabe liege darin, darauf zu achten, daß das Los der Kommunalbeamten, die in ihrer Besoldung lange zurückgehalten seien, dem Gesetz gemäß gebessert werde.
   d) Die Anhörung der Beamtenorganisation soll dann stets erfolgen, wenn es die Organisation (örtliche und zentrale) wünscht.
   e) Das Ministerium sei gern bereit, alle für die Beamtenschaft wichtigen Fragen mit den Organisationen vor der Regelung ausgiebig zu besprechen.

Die Beamtenvertreter äußerten ihre Genugtuung über die gegebenen Zusagen und erklärten, daß sie die Beamtenschaft unterrichten würden. Sie hätten die Hoffnung, bei rascher Erfüllung der gegebenen Zusagen der in der Beamtenschaft herrschenden Erregung Herr zu werden. — Hoffentlich bleibt es nicht wieder bei leeren Versprechungen, wie schon so viele Beispiele bisher gezeigt haben.

* **Kunst-Abend.** Morgen abend findet die bereits angekündigte Veranstaltung des Arbeiter-Bildungsausschusses im großen Saale des Volksparkes statt. Die Familie Eilfeld vom Essener Stadttheater wird Darbietungen verschiedener Art, wie Rezitationen und Gesang, geben. Der Eintrittspreis von 2 Mk. ist bei den jetzigen Verhältnissen äußerst billig. Ein starker Besuch ist der Veranstaltung zu wünschen.

* **Holzarbeiter.** Morgen, Dienstag, abend 7½ Uhr findet im Volkspark eine Mitgliederversammlung statt, in welcher Arbeitersekretär Genosse Grabow über die Sozialgesetzgebung in Deutschland und die bevorstehenden Kaufmanns- und Gewerbegerichtswahlen reden wird. Des weiteren stehen wichtige Verbandsangelegenheiten zur Beratung, wozu ein vollzähliges Erscheinen aller Mitglieder erforderlich ist. Die Ortsverwaltung.

* **Mieter-Verein.** Es wird höflichst gebeten, die Adresse des Mieter-Vereins bei der Schriftleitung des Volksblattes niederzulegen.

* **Der unpfändbare Unterhaltsbetrag wird erhöht.** Uns wird mitgeteilt: Die Verordnung über Lohnpfändung vom 15. Juni 1919 ist durch Gesetz vom 10. August 1920 dahin abgeändert, daß die der Pfändung nicht unterworfenen Beträge, falls der Schuldner einer gesetzlichen Unterhaltungspflicht zu genügen hat, auf 5000 Mark (bisher 2500 Mk.), in anderen Fällen auf 4000 Mk. (bisher 2000 Mk.) erhöht wurden. Soweit der unpfändbare Teil des Lohnes den Betrag von 9000 Mk. bzw. 6000 Mk. (bisher in den genannten Fällen 4500 Mk. bzw. 3000 Mk.) übersteigen würde, unterliegt die Lohnpfändung keinen Beschränkungen. Die Geltungsdauer der am 1. Juli 1919 in Kraft getretenen Verordnung ist um ein Jahr verlängert. Die Verordnung tritt spätestens am 31. Dezember 1921 außer Kraft, sofern nicht seitens des Reichsministers der Justiz eine andere Bestimmung über ihr Außerkrafttreten ergangen ist.

* **Spart Kohlen!** Durch das Kohlenabkommen mit der Entente in Spa, sowie der Belieferung an Holland und anderen Staaten, gehen wir einer außerordentlichen Kohlenknappheit entgegen. Insbesondere wird ein Mangel an Steinkohle und deren Erzeugnisse zu erwarten sein, deren Ernst die gesamte Bevölkerung noch nicht zu würdigen weiß. Vom Reichskohlenkommissar für die Kohlenverteilung sind der Stadt Halle vorläufig 50 Prozent Reichshausbrandbezugsscheine der Reihe D weniger überwiesen worden. Trotz mündlicher und schriftlicher Bitten hat weder eine Mehrzuweisung stattgefunden, noch konnte eine Umschreibung der Scheine von Braunkohle auf Steinkohle erwirkt werden. Die Bevölkerung von Halle wird daher dringend gebeten, den Verbrauch von Steinkohle und deren Erzeugnisse auf das äußerste einzuschränken auch die Feuerungsanlagen für die Brennstoffe durch Fachleute nachzuprüfen und auf Rohbraunkohle und Braunkohlenbriketts umstellen zu lassen. Sollte der Mehrverbrauch an Braunkohle den Kosten der Steinkohlen entsprechen, so ist doch eine Stillegung der Betriebe nicht zu befürchten, da Rohbraunkohle in unmittelbarer Nähe zu haben ist. Der Reichskommissar hat hingewiesen, daß die Stadt Halle den Wünschen der obersten Kohlenverteilungsbehörden hinsichtlich der Umbauung der Feuerungsanlagen bisher wenig nachgekommen ist. Aber auch die Feuerungsanlagen, welche mit Braunkohlen beschickt werden, bedürfen einer fachmännischen Nachprüfung. Vielfach ist der Abstand zwischen Rost und Heizplatte zu groß. Die strahlende Wärme der Briketts kann daher nicht voll zur Geltung kommen. Der Abstand darf nicht größer sein als 15 Zentimeter. Ferner ist bei dem Küchenofen angebracht, einen Schieber einzuarbeiten, da hierdurch die Heizung reguliert werden kann und es wird hierdurch eine Kohlenersparnis von zirka 50 Prozent erzielt. Die Umänderungskosten betragen ungefähr 50—60 Mark und haben sich in einigen Monaten durch Ersparnis der Kohlen bezahlt gemacht. Bei Berliner Oefen brauchen für Brikettfeuerung die Roste nicht verändert zu werden. Sollten Braun- oder Knorpelkohle verfeuert werden, so gebraucht das Feuer mehr Zug und der Rost müßte demnach in der Entfernung der Roststäbe verändert werden. Bei Zentralheizung, welche für Koksfeuerung eingerichtet ist, müßten die Roststäbe ebenfalls verändert werden, damit Braun- und Knorpelkohle verwendet werden können. Der Kohlennot wäre hierdurch abgeholfen und würde eine größere volkswirtschaftliche Ersparnis gemacht. Die Bevölkerung wird daher dringend gebeten, in der Verwendung von Kohlen eine große Sparsamkeit zu üben und eine Prüfung und eventl. einen Umbau der Heizungsbetriebsanlagen veranlassen zu wollen.

* **Verbot von Sedanfeiern.** Der Kultusminister hat folgende Verfügung erlassen: Jede Schulfeier am Sedantage hat zu unterbleiben. Am 1. wie am 2. September ist regelmäßiger Unterricht durchzuführen. — Nun war die „Hindenburgreklame“ der deutschnationalen Kriegshetzer zum Teil vergebens; denn nach dieser Verfügung ist jede Schulfeier verboten. „Es wär so schön gewesen.“

* **Ein Noskel als Erpresser.** Was für Elemente sich in unserer Reichswehr befinden und mit welchen Mitteln diese oft ihre Betrügereien ausführen, zeigte wieder einmal folgender Fall: Unter Mißbrauch seiner Dienstgewalt verhaftete in den Plünderungstagen 1919 ein später flüchtig gewordener Unteroffizier Bartels der Landesjäger einen in der Leipziger Straße wohnhaften gutsituierten Zigarrenhändler. Obgleich dieser vollkommen unschuldig war, wurde er mehrere Tage in Haft behalten. Der Unteroffizier aber hatte den besseren Teil gewählt, indem er bei der Festnahme „dienstlich“ 7000 Mark beschlagnahmte und diese „ordnungsgemäß“ versiegelte. Den Inhalt des versiegelten Paketchens teilte er dann mit der damaligen Braut des Zigarrenhändlers, sie bekam 5000 Mark, während er den Rest von 2000 Mark in seine Tasche steckte. Der Unteroffizier hatte sich nach der Weise von Erpressern den Umstand zunutze gemacht, daß er von Schiebergeschäften des Zigarrenhändlers wußte, und so konnte dieser noch nicht einmal gegen diesen Betrüger gerichtlich vorgehen. Um aber in den Besitz der anderen 5000 Mark zu gelangen, verklagte der Zigarrenhändler seine „verflossene“ Braut wegen Unterschlagung. Dabei stellte sich heraus, daß der Unteroffizier längst über alle Berge war. Die Braut des Betrogenen wurde aber wegen Unterschlagung vom Schöffengericht zu einer Geldstrafe von 500 Mark verklagt. — Der geschäftstüchtige Noskel aber lacht sich eins ins Fäustchen.

* **Die Jagd auf Rebhühner ist vor einigen Tagen aufgegangen.** So berichten die bürgerlichen Blätter und knüpfen allerlei Betrachtungen für den Weidmann daran. Ja, man sieht komische „Jäger“ auf der Bahn, wenn sie in der 2. Klasse mit ihrer sportmäßigen Jagdausrüstung auf die Jagd fahren. Es sind nur die Kriegsgewinnler, die sich den Sport leisten können, und die gemästeten Agrarier. In die Proletarierküchen wird sich kein Rebhuhn verlaufen. Werden doch für ein Rebhuhn 12—14 Mark gezahlt.

* **Vorsicht beim Genusse von Milch.** Die unter den Milchkühen zurzeit verbreitete Maul- und Klauenseuche bietet auch für die Menschen eine gewisse Gefahr. Zwar ist der Vertrieb von Milch der an Maul- und Klauenseuche erkrankten Kühe verboten, aber es liegt doch die Möglichkeit vor, daß solche, ohne daß böswillige Absicht vorzuliegen braucht, in den Handel kommt. Deshalb ist jetzt die Kuhmilch nur abgekocht zu genießen, um so mehr, als auch die Ruhr und der Typhus augenblicklich in größerer Verbreitung auftreten und durch ungekochte Milch übertragen werden können.

* **Stadttheater.** Der Vorverkauf für die ersten Vorstellungen der neuen Spielzeit hat heute begonnen. Am Mittwoch gelangt Die Walküre mit Hans Rudolf Waldburg als Siegmund und Marie Günzel-Dworski als Brünnhilde zur Aufführung. Donnerstag geht Schillers Braut von Messina in Szene. Freitag: Der Waffenschmied. Sonnabend: Als ich noch im Flügelkleide. Sonntag nachmittag, Volksvorstellung: Flachsmann als Erzieher. Sonntag abend: Siegfried.

* **Festnahme.** Nach längerer Verfolgung wurde gestern mittag der polnische Arbeiter Wladislaus Jankowski, der auf mehreren Gütern in der Umgebung Einbrüche verübt hatte und deshalb gesucht wurde, von einem Polizeibeamten auf dem Saalwerder festgenommen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1706752621920083O-15/fragment/page=0006

* **Der Dank des Vaterlandes ist euch gewiß.** 12,50 Mk. Veteranenbeihilfe — und davon noch 10 Prozent Steuerabzug! An das Reichsfinanzministerium ist von interessierter Seite nachstehende Eingabe gerichtet worden, die ein bezeichnendes Licht auf die Steuerpraktik im „neuen" Deutschland wirft: „Wir erhalten aus dem Kreise Siegen in Westfalen die Nachricht, daß den Altveteranen, den Teilnehmern der Kriege von 1864, 66 und 70/71 von ihrer Veteranenbeihilfe, die sie in Höhe von 12,50 Mk. monatlich beziehen, auch noch die Steuer von 10 Prozent in Abzug gebracht wird. Wenn diesen Aermsten der Armen aber nun auch noch von einer Summe von 12,50 Mk. monatlich ein Betrag von 10 Prozent Steuer gekürzt würde, so würde sich unzweifelhaft ein Schrei der Entrüstung aus allen Teilen des Reiches erheben, in denen diese Maßnahme ausgeführt wird. Wir bitten dringend, von der Einforderung der Steuer bei den Veteranenbeihilfen abzusehen und auf beschleunigtem Wege die Finanzämter dahingehend zu verständigen." Jedes weitere Wort der Kritik würde den Eindruck der grausamsten Brutalität der kapitalistischen Gesellschaft nur abschwächen.

* **Arbeiterjugend und sexuelle Frage** heißt eine von Hans Kadmack verfaßte und soeben im Freiheit-Verlag erschienene Broschüre, die in offener Sprache und anregender Weise die so wichtige Geschlechtsfrage vom sozialistischen Standpunkt aus behandelt. Der Verfasser setzt sich in dieser Schrift mit der bürgerlichen Auffassung vom Geschlechtsproblem auseinander und behandelt eingehend die Stellung der Jugendbewegung, insbesondere der sozialistischen Jugend zu dieser Frage. Dabei wird zunächst die soziale Seite dieses Problems gestreift, dann aber auch gleichzeitig neben einigen Studien über das Zusammenleben in der sozialistischen Jugendbewegung, der Jugend mancher Fingerzeig über ihr Verhalten in sexuellen Fragen gegeben. Die Broschüre ist keine schwerverständliche, wissenschaftliche Abhandlung über die sexuelle Frage, sondern stellt eine gemeinverständlich gehaltene Nutzanwendung der sozialistischen Betrachtungsweise auf jenem Gebiet dar. Die Schrift regt zum Weiterstudium an, zumal da ihr ein kleiner beachtenswerter Literaturhinweis angehängt ist. Die Schrift, deren Preis 2 Mk. beträgt, muß in den Händen aller sozialistischen Eltern und Erzieher, vor allen Dingen aber in den Händen aller sozialistischen Jugendlichen sein. Organisationen erhalten Rabatt. Bestellungen richte man an die **Volksbuchhandlung**, Halle (Saale), Harz 42/43.

* **Schließung des Apollotheaters.** Der Direktor des Apollotheaters teilt uns mit: „Ich sehe mich genötigt, den Theaterbetrieb ab 1. September bis auf weiteres einzustellen. Die ab 1. September bei mir verpflichtete Operettengesellschaft lehnt die Erfüllung des Vertrages infolge der katastrophalen Wirkung der sechzigprozentigen Billettsteuer ab. Wegen dieser, meiner Ansicht nach irrigen und ungerechten Steuerveranlagung habe ich anfangs Mai Klage gegen den hiesigen Stadtmagistrat erhoben. Leider war bisher eine Verständigung mit dem Magistrat in dieser Sache nicht möglich. Es ist dies um so mehr zu bedauern, als durch die Schließung des Theaters die Angestellten ihre Stellung verlieren." — Unserer Meinung nach müßte man die Steuerveranlagung tatsächlich nochmals einer genauen Prüfung unterziehen, bevor man es zuläßt, daß eine immerhin so große Anzahl von Angestellten, wie sie das Apollotheater beschäftigt, brotlos gemacht wird. Die beiden letzten Aufführungen der Operette Eine Nacht im Paradies finden nur noch heute und morgen statt. Am morgigen Dienstag verabschiedet sich die Kölner Operettengesellschaft von Halle.

* **Aus dem Zoologischen Garten.** Die beiden jungen Fleckenhyänen, die im März dieses Jahres im Garten geboren wurden, haben sich während des Sommers sehr gut entwickelt. Mancher Besucher wird sich noch erinnern, wie unähnlich sie bei der Geburt in ihrer Färbung den Eltern waren. Von der dunklen Fleckenfärbung auf gelbem Grunde bei den erwachsenen Tieren war bei ihnen nichts zu sehen. Mit einem dunkelbraunen, fast schwarzen Kleid kamen sie auf die Welt. Ganz allmählich ging dann die Umfärbung vor sich, am Kopf beginnend und allmählich nach hinten fortschreitend. Jetzt zeigen sie schon eine ganz helle, wenn auch noch nicht gelbe Grundfarbe, von der sich die dunklen Flecken deutlich abheben. Auch an Körpergröße haben sie bedeutend zugenommen. Es ist zu hoffen, daß dies nicht die letzten jungen Hyänen gewesen sind, die in unserem Garten geboren wurden, sondern in nicht allzu ferner Zeit werden wir wohl den Freunden und Besuchern unseres Gartens die Nachricht von neuem Zuwachs geben können.

* **Fensterdiebstahl.** In letzter Nacht wurde die Schaufensterscheibe eines Schuhgeschäfts auf dem Steinweg eingeschlagen und aus dem Schaufenster für etwa 1000 Mk. Schuhe gestohlen.

Könnern. Stadtverordnetensitzung vom 27. 8. 20. Gegen Juli des Vorjahres beträgt die Mehreinnahme des Elektrizitätswerkes 173 113,01 Mk. Dies ist aus den erhöhten Strompreisen zu erklären. Da sich die Stadtverordneten der bürgerlichen Parteien weigerten, den Stundenlohn für die Elektrizitätsarbeiter um 70 Pf. zu erhöhen, wurde die Forderung dem Schlichtungsausschuß überwiesen. Nach dem Schiedsspruche wurde der Stundenlohn von 3,30 Mk. auf 3,40 Mk. erhöht. Es ist für Arbeiter eine schlechte Sache, sich dem Schlichtungsausschuß fügen zu müssen. Da die Herren auf dem Standpunkte stehen, wenn die Arbeiter des Elektrizitätswerkes wieder mit einer Lohnerhöhung kommen, dann stände die Kündigung bevor und sie würden sich gelernte Schlosser kommen lassen. Aber Herr Rüttig und Genossen dürfen nicht denken, daß sie noch Schlosser für 4 Mk. Stundenlohn bekommen, wie es jetzt noch in Könnern üblich ist. Wenn die Schlosser von Könnern wachsamer wären, dann hätten sie auch schon einen besseren Stundenlohn. Die Versammlung erklärte sich im Prinzip mit der Bewilligung des zweiten 25prozentigen Zuschlags für die städtischen Beamten einverstanden. Unsere Fraktion gab die Erklärung ab, sie werde für den Beamtenzuschlag mit Ausnahme für den Bürgermeister stimmen, da sie mit seiner Haltung der Arbeiterschaft gegenüber nicht einverstanden erklären.

Von einem Aufruf der Kriegsgefangenenfürsorge vom Roten Kreuz wurde abgesehen. Die Plakattafeln sind reparaturbedürftig; es sind drei Angebote eingegangen. In zwei Fällen sollen genaue Offerten eingeholt werden. Die Pachtsumme für die Anschlagtafeln wird vom 1. Oktober an von 30 auf 60 Mk. erhöht. Als Beihilfe für den Zuchtbullen sind bis jetzt jährlich 60 Mk. gezahlt worden. Der Landwirt Junge bittet, den Satz um 300 Mk. zu erhöhen. Der Antrag wurde vertagt. Für vier Entwürfe für Kleinwohnungsbauten fordert der Maurermeister Freymuth 2570 Mk. Diese Forderung wurde als viel zu hoch abgelehnt. Der Magistrat hat den Mehrheitsbeschluß der Stadtverordnetenversammlung auf Ermäßigung der hohen Lustbarkeitssteuer abgelehnt. Dem Invaliden Fritz Richter ist die Schuldienerstelle übertragen worden.

Vorbereitung auf Segen.

Die Großindustrie aller Orten trifft ihre Vorbereitungen für die erhoffte Zeit des wirtschaftlichen Wiederaufbaues Europas unter kapitalistischem Regime. Der Gang der politischen Entwicklung nach dem Kriege zumal in Deutschland berechtigt sie zu ihren Hoffnungen. Nicht nur, daß das Sozialisierungsproblem zwar eine Masse Papier und Druckschwärze in Anspruch nimmt und dazu in den geheimen Konventikeln einer Sozialisierungskommission zu langen Reden und Untersuchungen, aber bisher noch zu keinerlei praktischen Konsequenzen Anlaß gab, wird offenbar auch beabsichtigt, die umfangreichen Wiedergutmachungslieferungen Deutschlands auf Grund des Friedensvertrages dem privaten Unternehmertum zu übertragen. Es darf deshalb mit allerlei Profitchen für sich rechnen und richtet sich darauf ein.

Mancher Wege bedient es sich: der wichtigste ist der einer Rationalisierung der Produktion, verbunden mit einer außerordentlich starken Fusions- und Auffaugungstendenz. Wenige großkapitalistische Konzerne, vor allem Thyssen, Stinnes, Krupp, Kirdorff und Stumm gliedern ihren Unternehmen einen Betrieb nach dem andern der Eisen- und Montanindustrie an, die jetzt schon größtenteils unter ihrer Kontrolle steht. Zugleich aber auch verstärken die Großunternehmer aller Industriezweige ihre finanziellen Mittel durch immer neue Kapitalserhöhungen. So gewiß es ist, daß diese vielfach keinen anderen Zweck haben als den der Verwässerung der riesigen Profite, so sicher aber auch ist, daß sie in vielen Fällen nur der Rüstung auf die kapitalistische Hochkonjunktur dienen sollen, als die sich die Unternehmerkreise den wirtschaftlichen Wiederaufbau denken. Sie befürchten einstweilen noch keine Sozialisierung wozu ihnen nicht nur die Tätigkeit des Reichstages, sondern auch die arbeitsgemeinschaftliche Praxis der Rechtssozialisten und der noch von ihrem Geiste beherrschten Gewerkschaftsorganisationen ein Recht gibt.

Unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, gewinnt gerade auch der Prozeß der Kapitalserhöhung, der sich jetzt allenthalben vollzieht, eine erhöhte Bedeutung für das Proletariat. Mag er zum Teil aus der Notwendigkeit entstanden sein, die Betriebskapitalien mit der Geldentwertung in Einklang zu bringen, so darf doch andererseits nicht vergessen werden, ihn als Ausdruck gesteigerten Macht- und Profitwillens der kapitalistischen Produzenten zu werten. Schon die Tatsache, daß gerade aus den Kreisen der Großindustrie gewaltige Mittel für eine Führung des Reichstagswahlkampfes im Sinne der reaktionären Parteien bereitgestellt worden sind, daß die Stinnes und Konsorten durch Erwerb von Zeitungen oder Gewinnung ausschlaggebenden Einflusses auf ihre Führung die öffentliche Meinung für eine politische Restauration zu gewinnen versuchen und konform damit alle Möglichkeiten zur Diskreditierung der revolutionären Bewegung auf dem Umwege über Lockspitzeleien usw. ausschöpfen, beweist die Notwendigkeit, nicht alle finanziellen Vorgänge in der Großindustrie lediglich unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu betrachten. Was sich jetzt auf diesem Gebiete abspielt, ist zugleich auch von eminentester politischer Bedeutung. Der Kapitalismus bereitet sich vor nicht nur auf die Nutzung einer wirtschaftlichen Konjunktur, sondern zugleich auch auf eine Auseinandersetzung mit dem Proletariat, von deren erfolgreichen Ausgang er eine abermalige Machtbehauptung für Generationen erhofft. Wenn, wie es jetzt der Aufsichtsrat der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft verlangt, das Kapital dieses Weltunternehmens der Elektroindustrie abermals um 230 Millionen Mk. erhöht werden soll, nachdem erst im Mai d. J. eine Steigerung von 100 auf 300 **Millionen Mk.** vorgenommen worden war, so ist das eben nicht nur ein Vorgang, der allein den Statistiker angeht, sondern zugleich auch die Arbeiterschaft im Hinblick auf ihren revolutionären Kampf. Das Unternehmertum rüstet stärker und stärker, schließt sich immer fester zusammen und stellt sich den Stürmen der kommenden Zeit als einiger, finanziell gesicherter Block gegenüber. Es weiß, worauf es ankommt, um welchen Preis es geht und handelt danach. Das Proletariat muß daraus die Lehre schöpfen, daß es alle Kräfte anzustrengen hat, um, wenn die Stunde reif ist, an innerer Geschlossenheit und Würde der Abwehr oder des Angriffes, je nachdem, den Unternehmern nicht nachzustehen. Es geht um's Ganze. Und triumphieren wird die Seite, welche den entschlossenen Willen rechtzeitig bei sich erweckt und — fundiert hat!

Sport und Körperpflege.

Was will der Arbeiter-Samariter-Bund?

Jeder Mensch ist stets der Gefahr ausgesetzt, zu verunglücken oder zu erkranken. Ratlos steht der unerfahrene Laie einem solchen Vorgang gegenüber, oder er versucht einzugreifen und führt weitere Schädigungen durch seine Unkenntnis herbei.

Es gehört zur Allgemeinbildung eines jeden Menschen, sich das erforderliche Wissen auf dem Gebiete der Hilfeleistung anzueignen, denn jeder plötzlich Verunglückte oder Erkrankte hat ein Recht auf Hilfe seiner Mitmenschen. Um das zu ermöglichen, gibt der Arbeiter-Samariter-Bund (ASB.) für jeden Genossen Gelegenheit, sich in Kursen praktisch und theoretisch auszubilden. Unsere Arbeiter-Samariter-Kolonnen sorgen dafür, daß alle Leben und Gesundheit gefährdenden Mißstände in Betrieben, Lokalen und öffentlichen Orten festzustellen und auf deren Abstellung in Gemeinschaft mit Behörden und Betriebsräten zu dringen.

Um zu diesem Ziele zu kommen, ergeht an alle die Aufforderung, sich in unseren Kolonnen zu betätigen. Viele tausende von Sanitätssoldaten, Pfleger und Pflegerinnen sind während des Krieges tätig gewesen. Stellt euer Wissen und Können in unserer Organisation der Allgemeinheit zur Verfügung. Männer und Frauen, die ihr diese Zeilen lest, schließt euch uns an! Verbreitet unsere Ideen unter euren Kollegen und Kolleginnen bei jeder Gelegenheit. Sorge ein jeder nach seinen Kräften dafür, daß in allen Orten, zum Wohle der Bevölkerung, Arbeiter-Samariter-Kolonnen gegründet werden, wo solche noch nicht bestehen. Die Arbeiter-Samariter-Kolonne Halle ist jederzeit bereit, zur Errichtung neuer Kolonnen die notwendigen Unterlagen zu geben. Wir verschmähen den militärischen Paradedrill und die Protektionswirtschaft, wie sie in den Sanitätskolonnen des Roten Kreuzes betrieben werden. Die arbeitende Bevölkerung der deutschen Republiken besitzt ein eigenes Sanitäts-Korps und das ist der **Arbeiter-Samariter-Bund.**

Anmeldungen werden in den Uebungsstunden in der Goldenen Kette (Alter Markt) an jedem Freitag abend von ½8 bis 11 Uhr entgegengenommen. Dort finden auch die Kurse unter Leitung des Herrn Dr. Zeiß, Martinsberg 7, statt.

Kommt Schwimmen!

Von allen Hygienikern wird das Schwimmen als die gesundeste Leibesübung angesehen; denn nicht allein die körperliche Reinigung, sondern auch die Betätigung aller inneren und äußeren Organe wird beim Schwimmen gefördert. Um nun unsere arg gesunkene Volksgesundheit wieder zu heben, ist es Pflicht eines jeden Menschen, den Körper durch Schwimmen zu kräftigen. Mancher, der das Schwimmen erlernt, sagt: na ja, ich schwimme ja. Aber wie oft und wann? Im Hochsommer wimmeln die Badeanstalten und Gewässer von Schwimmern. Doch um den Schwimmsport voll und ganz zu erfüllen, gehören auch die Wintermonate dazu. Bietet sich uns doch gerade in Halle die beste Gelegenheit. **Haben wir ja doch das vorzüglich angelegte Hallen-Schwimmbad.**

Der Schwimmsport kann nur in einem Schwimm-Verein gepflegt werden. Welchem Schwimmvereine wollt und sollt ihr beitreten? Die deutschen Schwimmvereine sind in zwei große Verbände eingeteilt, in den Arbeiter-Wassersport-Verband (AWV.) und den Deutschen Schwimm-Verband (DSV.). Im Jahre 1897 fand die Arbeiterschaft, daß sie nicht in den DSV. hineingehörte und sie gründete ihren eigenen Verband. Sie wollte nicht zu einem Verbande gehören, der ohne Kaiserpreise, ohne fürstliche Projektorate nicht auszukommen glaubte. Die Arbeiterschaft wollte auch nicht bewußt mitwirken, daß unsere Kinder für den deutschen Militarismus erzogen werden sollten. Der DSV. schloß sich den berüchtigten „Jung-Deutschland" an und tobte mit seinem sogenannten Patriotismus ganz in der Weise der alldeutschen Kriegshetzer. Auch beim Kapp-Putsch haben die Mitglieder des DSV. nicht hinter den anderen bürgerlichen Sportverbänden zurückgestanden; dies bewiesen die Schuljungens, die ihre bunte Schülermütze mit dem Stahlhelm vertauscht haben. Für einen denkenden Arbeiter und einen aufrichtigen Republikaner kann doch dort kein Platz sein. Es ist eine große Lüge, wenn behauptet wird, daß dort keine Politik getrieben wird. Darum ist es Pflicht eines jeden Hand- und Kopfarbeiters, jenem Verein den Rücken zu kehren und sich dem Arbeiter-Wassersport-Verband anzuschließen. Dort wird ihnen sportlich dasselbe geboten wie im DSV.; allerdings verzichten wir darauf, daß sich unsere Mitglieder für Preise großer kapitalistischer Unternehmungen und für erbettelte Stadt- und Staatspreise über die Schwimmbahn hetzen.

Deshalb, hinein in die Vereine des Arbeiter-Wassersport-Verbandes. Der Arbeiter-Schwimmverein Halle hält seine Uebungsstunden ab: für Damen und Herren jeden Dienstag und Freitag, abends von 6 bis 8 Uhr in Jänickes Badeanstalt (Weingärten), für Damen jeden Donnerstag von 6 bis 8 Uhr abends im Hallen-Schwimmbad, Schimmelstraße.

H. F.-C. Eintracht 07. Dienstag, den 1. September, Spielausschußsitzung. Donnerstag reichhaltige Monatsversammlung, wichtige Tagesordnung.

50 Jahre

Fabrikationserfahrung, der Weltruf des Namens „Continental" und die ausschließliche Verwendung bester Rohstoffe bürgen für die Güte des

Continental Pneumatik

Amtliche Bekanntmachungen

Städtischer Verkauf von Gerstenmehl an Kinder bis zu 12 Jahren, an Jugendliche von 12—17 Jahren und an ältere Leute von 70 Jahren an, ferner von Kerzen, Reis, Bratfett und Trockenei

in der Talamtschule am Dienstag, den 31. August cr. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 37001—42000, vormittags von 8—12 Uhr, und die Inhaber der Nummern 42001—48000, nachmittags von 2—6 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelscheines kann an Kinder bis zu 12 Jahren, an Jugendliche von 12 bis 17 Jahren und an ältere Leute von 70 Jahren an 1 Paket Gerstenmehl zum Preise von 1,10 Mk., an jeden Haushalt 4 Kerzen zum Preise von 4,50 Mk. für 4 Stück, ferner an jede Person eines Haushaltes ½ Pfund Reis zum Preise von 2,50 Mk. für das halbe Pfund, ½ Pfund Bratfett zum Preise von 6,00 Mk. für das halbe Pfund und 50 Gramm Trockenei (Ersatz für 5 Eier) zum Preise von 4,00 Mk. abgegeben werden.

Delitzsch

Städtischer Lebensmittelverkauf.

Butter: 37. Woche vom Dienstag, den 31. d. M., an: 35 Gramm für 1,10 Mk. **Fleisch und Wurstwaren:** Sonnabend, den 4. September, auf Lebensmittelschein-Abschnitt Nr. 125, 150 Gramm Fleisch oder Wurst. Bis zum 1. Oktober gelten folgende Kleinhandelshöchstpreise für 1 Pfund: Rinder-Kochfleisch 7,50, Rinder-Bratfleisch 8,50, Kalbfleisch 8,—, Hammelfleisch 8,—, Schweinfleisch 9,—, Wurst 10,— Mk. Die Eintragung in die Kundenliste der Fleischer ist dringend erforderlich, um eine bestimmte Belieferung gewährleisten zu können. Die Eintragung darf nur bei einem Fleischer erfolgen. **Kartoffeln** auf Kartoffelkarten-Abschnitte der 7. Woche: 10 Pfund, das Pfund für 35 Pf. **Krankenbrot** bei Bergmann (Wiesenstraße), Otto Hennig (Töpfergasse), Heinig (Kreuzgasse) und Tanneberger (Dübener Straße), auf Weißbrotkarten, für Kinder und Kranke 325 Gramm für 98 Pf. **Kondensierte Vollmilch** markenfrei, die Dose zu 8,50 Mk. **Nährmittel** für Kinder, Kranke und Personen über 70 Jahre, auf Weißbrotkarten wöchentlich ⅛ Pfund Haferflocken, in Paketen 2,10 Mk., lose 1,40 Mk. das Pfund, in den bisherigen Bäckereien. **Schweineschmalz** auf Butterkartenabschnitte der 37. Woche, ⅛ Pfund für 7,75 Mk. **Zwieback** auf Nr. 3 der Lebensmittelscheine in den bekannten Verkaufsstellen, 1 Paket für 1,55 Mk.; vom 1. September an markenfrei. *1649

Delitzsch, 28. August 1920. **Der Magistrat.**

Bitterfeld

Festsetzung der Fleischhöchstpreise.

Auf Grund der Verordnung vom 31. Dezember 1919 (R.G.Bl. 1920 S. 5) wird für den Umfang des Kreises Bitterfeld folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Der Kleinverkaufspreis für Frischfleisch beträgt je Pfund Rindfleisch 6,85 Mk., Kalbfleisch 6,80 Mk., Hammelfleisch 6,75 Mk., Schweinefleisch von Vertragsschweinen 12,95 Mk., sonst 6 Mk., Blut- und Leberwurst 6 Mk., Fleischwurst 6,85 Mk.

§ 2. Für Fleisch aus Notschlachtungen sind folgende Preise festzusetzen: a) Rinder: vollwertiges Fleisch 4,50—5,00 Mk., Fleisch von vollfleischigen Tieren, das aber nur zur Wurstbereitung geeignet ist 4,00 bis 4,40 Mk., minderwertiges Fleisch 3,00—3,90 Mk., b) Kälber: vollwertig 4,00—4,50 Mk., minderwertig 3,50—3,75 Mk., c) Schafe: 3,50—5,00 Mk., d) Schweine 4,50—5,80 Mk.

§ 3. Die Preisfestsetzung unserer Verordnung vom 21. Mai 1920 (Kreisblatt Nr. 118) und vom 11. Juni 1920 (Kreisblatt Nr. 135) tritt hiermit außer Kraft.

§ 4. Obengenannte Preise treten mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.

Bitterfeld, den 24. August 1920.

Der Kreisausschuß des Kreises Bitterfeld.
J. V.: Stammer, Kreisdeputierter.

Wolfen

Der Gaspreis ist infolge Erhöhung des Anfuhrpreises der Kohle abermals neu festgesetzt worden. Er steigt um 8 Pf. pro Kubikmeter, so daß der Preis für 1 Kubikmeter Gas ab 1. August 1920 1,63 Mk. beträgt.

Wolfen, den 25. August 1920. *1646

Der Gemeindevorsteher. J. V.: Kempe.

Sangerhausen

Preiserhöhung in der Volksküche.

Vom 1. September d. J. an beträgt der Preis für 1 Liter Essen 1,20 Mk. *1653

Sangerhausen, 27. August 1920. **Der Magistrat.**

Unter dem Viehbestande des Landwirts Otto Franke, hier, Riestedterstraße 11, ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. *1652

Sangerhausen, 27. Aug. 1920. **Polizeiverwaltung.**

Viehseuchenpolizeiliche Anordnung.

Zum Schutze gegen die Maul- und Klauenseuche wird hierdurch auf Grund der §§ 18 ff. des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 (RGBl. S. 519) mit Ermächtigung des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten folgendes bestimmt: Nachdem die Maul- und Klauenseuche unter den Viehbeständen der Besitzer Gustav Scharfe, Hermann Stock, Hermann Hagel in Sangerhausen, Otto Hilpert II, Richard Keßler, Gustav Jödicke, Moritz Krieger, Otto Keßler in Martinsrieth, Louis Braune, Hermann Spieler in Ritteburg, Friedrich Heiser, Paul Bose, Otto Bürger, Karl Schroeder, Ferd. Scharfe, Max Stockmar, Karl Franke, Anna Koch in Obersdorf und des Ritterguts Klosterrode festgestellt ist, wird hiermit über die verseuchten Gehöfte die Gehöftssperre verhängt. Die durch die viehseuchenpolizeiliche Anordnung des Herrn Regierungspräsidenten in Merseburg vom 13. Juli 1920 (Sangerhäuser Zeitung Stück 173, Kyffhäuser Zeitung Stück 171, Hallesches Volksblatt Stück 178) erlassenen insbesondere die der §§ 4, Ziff. 4 und 5 erlassenen Anordnungen, sind genau zu beachten.

Sangerhausen, den 27. August 1920.

*1647 **Der kommissarische Landrat.** Kasparek.

Lieferung von Kraftfutter für Milchvieh.

Um den Uebergang aus der Zwangswirtschaft in die Vertragswirtschaft anzubahnen und vorzubereiten, hat der Herr Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft insgesamt 161 000 t Oelkuchen und Oelkuchenschrote für Zwecke der Hebung der Milchwirtschaft und Rindviehzucht zur Verfügung gestellt, und zwar zu Preisen, die den Bedarfsgebieten den Abschluß von Milchlieferungsverträgen unschwer ermöglichen. Die Abgabepreise für diese Oelkuchen (Mehle und Schrote) sind, wie folgt, je Tonne festgesetzt: Leinkuchen 1491 Mark, Leinkuchenschrot 1473 Mk., Kokoskuchen 1355 Mk., Kokoskuchenschrot 1324 Mk., Erdnußkuchen 1491 Mk., Sesamkuchen 1491 Mk., Palmkernkuchen 1254 Mk., Rapskuchen 1355 Mk., Palmkernmehl 1387 Mk., Kokoskuchenmehl 1387 Mk., Sojabohnenschrot 1487 Mk., Kapokkernschrot 1487 M., Erdnußschalenmehl 888 M. Zu den vorstehend genannten Preisen kommen bei Mehl und Schrot, soweit Verladung in Säcken notwendig ist, bei Verwendung von Papiertüten 8 Mk. für 100 kg, Papiergewebesäcken 16 Mk. für 100 kg, Jutesäcken 25 Mk. für 100 kg, sowie die üblichen Zuschläge der Futtermittelstellen hinzu. Die Preise verstehen sich frei Empfangsstation für volle 200 Ztr. Beladung. Die Festsetzung der Preise erfolgt unter Vorbehalt einer Erhöhung für den Fall einer Steigerung der Frachtsätze. Bestellungen für diese Futtermittel können durch die Herren Gemeindevorsteher bei dem Kreiswirtschaftsamt, Abt. Kreiskornstelle, bis zum 10. September d. J. gemacht werden.

Sangerhausen, den 27. August 1920.

*1648 **Der Kreisausschuß.** Kasparek

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200830-15/fragment/page=0007

Leben • Wissen • Kunst

Das neue Geschlecht!

Kommen seh ich ein neu Geschlecht
Lebensfreudiger Menschen,
Wissend, daß sie müssen erzeugen,
Wissend, daß sie müssen vollenden.
Ausgeträumt ist der öde Traum,
Umgestürzt der Moloch des Hoffens;
Da quillt aus eigener Kraft dem Menschen
Ungeahnte Segensfülle
Und ein Leben in Schönheit auf Erden.

Leopold Jakobs.

Hegel und die Hegelingen.

Zu Hegels 150. Geburtstage.

Von O. Jenssen.

Es ist ein eigenartiger Zufall, daß es heute umgekehrt ist, wie zur Zeit des anmaßlichen Epigonentums des naturwissenschaftlichen Materialismus der sechziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts. Heute beginnt Hegel wieder zu leben. Heute veranstaltet man Neuausgaben seiner Werke mit gelehrten Anmerkungen und den 150. Geburtstag des großen Denkers feiert man in Stuttgart als einen Gedenktag an den „größten Sohn" des Schwabenlandes. Wenn aber auch Hegel ein Schwabe war, so ist noch nicht jeder Schwabe ein Hegel und es zeugt noch nicht von urwüchsiger Dialektik, wenn man Zwiebelkuchen und Most zur höheren Synthese im Magen vereinigt. Kennzeichnend aber ist die Ankündigung einer Hegelfeier, in der der geistige Reklamechef der Zigarettenfabrik Waldorf Astoria, Herr Walter Kühne spricht über Hegel, Marx und Rudolf Steiner, wobei die soziale Dreigliederung des Theosophen Steiner wahrscheinlich die Krönung des Marx-Hegelschen Systems sein soll, so daß sich dann glücklich der Klassengegensatz auflöst in die wirtschaftsfriedliche heilige Dreieinigkeit, die bei jedem Theologen das Rechenexempel des Gottesbegriffes dreimal eins ist eins löst.

Die neuen Hegelingen sind eben keine Jung-Hegelianer, sondern bestenfalls Nachläufer des rechten Flügels der Hegelschen Schule, die die konservative Seite in der Denkweise des Meisters konservierten. Die Hegelianer, die auch heute noch jung sind, das sind eben die, die gleich Marx die Hegelsche Dialektik umstülpten und den idealen Kern von den himmlischen Hüllen der Idee befreiten. Es ist heute schwer, die geistige Umwälzung zu begreifen, die das Lehrgebäude des großen Philosophen zu seiner Zeit bedeutete und jenen Einfluß voll zu verstehen, den Hegels Philosophie ausübte auf Marx und Engels und ihre Zeitgenossen. Man muß die Briefe des jungen Engels lesen, dem Strauß die Wege zu Hegel eröffnete und jenen Brief des jungen Marx an seinen Vater, in dem er von der Falsenmelodie der Hegelschen Philosophie spricht, wenn man einen lebendigen Eindruck von der geistigen Macht der revolutionären Wirksamkeit des schwäbischen Denkers erhalten will. Es ist der Entwicklungsgedanke und die Dialektik, die Entwicklung in Gegensätzen, die das Revolutionäre, Unterbliche in Hegels Denkarbeit ist. Dieses und der universelle Standpunkt, das Bestreben, alle Erscheinungen der Welt einheitlich zu begreifen, erklärt die Anziehungskraft auf alle bedeutenden Denker seiner Zeit.

Heute aber noch der Idee und dem Weltgeiste Hegels huldigen, wo die Idee durch Marx und die tausend Dinge der Wirklichkeit aufgelöst und wo die Dialektik nicht nur im Denken, sondern auch in Gegensätzen der sozialen Entwicklung und selbst in der Natur nachgewiesen ist, bedeutet einen geistigen Rückschritt, wie ihn sich nur eine sinkende Klasse leisten kann.

Man lese einmal nach, was Engels im Anti-Dühring über Hegel sagt, oder nehme jenes kleine Schriftchen zur Hand, das gerade recht zum Hegelschen Jubiläum erscheint: Marx, Engels und Lassalle als Philosophen.*)

In der kurzen Darstellung der philosophischen Entwicklung von Marx, Engels und Lassalle zeigt hier Vorländer den großen Einfluß Hegels, aber auch wie gerade der Fortschritt über Hegel hinausgeht. Lassalle, der dem Einfluß Hegels dauernd stärker unterliegt, gelangt gerade deshalb nicht zu jener Klarheit in der Auffassung der geschichtlichen Rolle und Aufgabe des Proletariats, die Marx und Engels auszeichnet.

Wir als sozialistische Proletarier und als Marxisten feiern daher den 150. Geburtstag Hegels anders als die Philosophen von Fach und auch anders als die guten Schwaben, die Hegel als Landsmann reklamieren, weil er in der Hauptstadt Württembergs geboren ist. Wir sind jene revolutionären Hegelianer, die schon Heine den Franzosen ankündigt in seiner Schrift: Zur Geschichte der Religion und Philosophie in Deutschland. Wir haben die Dialektik, das kühne revolutionäre Denken von Hegel und Marx übernommen. Wir glauben an keine absolute Wahrheit und auch nicht an die fixe Idee des preußischen Staates, wir wissen, daß die Entwicklung unendlich ist und daß es alt, die treibenden Kräfte der Entwicklung geistig zu beherrschen oder sich ihr anzupassen, indem wir die Fülle der Erscheinungen in Begriffe fassen und die Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung zu formulieren suchen. Wir müssen uns aber stets bewußt bleiben, daß auch Begriffe keine starren Götzen sind, sondern daß sie im Laufe der Zeit sich mit anderem Inhalt füllen. Der gesunde Menschenverstand sieht nur Dinge, Marx aber sieht immer Prozesse. Ein solcher Prozeß, ein dialektischer Prozeß ist die soziale Revolution, in der wir uns befinden, die Weltrevolution, die aber mit diesem Begriff nur allgemein bezeichnet wird. Diese Weltrevolution in all ihrer Mannigfaltigkeit und doch in ihrer Einheitlichkeit als Kampf der Proletarier und vor allem als Kampf des Proletariats gegen die kapitalistische Klasse zu begreifen, das ist die Aufgabe des Hegelianers unserer Zeit, der materialistische Ökonomie und Hegelsche Erkenntnis-Theorie zur Grundlage wirklicher sozialistischer Politik macht. Für diese Politik genügt es aber nicht, wie ein alter Hegelianer klob mit Begriffen Proletariat, Bourgeoisie, Revolution zu hantieren und diese Begriffe logisch weiter zu entwickeln, sondern es gilt, wie Marx im Kapital anfreifend tut, die Tatsachen sich im einzelnen anzueignen und erst aus der Tatsachenfülle das Gesetz der Entwicklung zu ermitteln. Wir selbst aber sind ein Stück dieser Entwicklung, und der Politiker muß ausgerüstet der Unsicherheit der Erkenntnis tagespolitischer Betrachtungen sich auf Grund der ihm bekannten Tatsachen ein Bild der Zukunftsmöglichkeiten machen, um sein Handeln als Faktor in dem Entwicklungsprozeß wirken zu lassen.

Für uns ist eben die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft zugleich eine Entwicklung der Klassengegensätze und des Klassenkampfes, dessen Formen und Ziele in letzter Linie bestimmt sind durch die ökonomischen Verhältnisse. Diese gilt es zu erforschen und ihre Eigengesetzlichkeit, ihre Dialektik festzustellen. So feiern wir Hegels 150. Geburtstag. Wenn das Bürgertum heut, Hegel als Württemberger feiert oder die Rechtsstehenden, müde der Systemlosigkeit in der Hegelschen Ideologie endlich einen Führer aus dem Labyrinth der heutigen Denkverwirrung und des Nichtwissens in die Wahrheit gefunden zu haben glauben, so antworten wir ihnen stolz mit dem Schlußwort des Vorwortes zur zweiten Auflage des Kapitals:

„In ihrer mystifizierten Form war die Dialektik deutsche Mode, weil sie das Bestehende zu verklären schien. In ihrer rationellen Gestalt ist sie dem Bürgertum und seinen doktrinären Vorführern ein Ärgernis und ein Greuel, weil sie in dem positiven Verständnis des Bestehenden zugleich auch das Verständnis seiner Negation, seines notwendigen Unterganges einschließt, jede gewordene Form im Flusse der Bewegung, also auch nach ihrer vergänglichen Seite auffaßt, sich durch nichts imponieren läßt, ihrem Wesen nach kritisch und revolutionär ist.

Die widerspruchsvolle Bewegung der kapitalistischen Gesellschaft macht sich dem praktischen Bourgeois am schlagendsten fühlbar. In den Wechselfällen des periodischen Zyklus, den die moderne Industrie durchläuft, und deren Gipfelpunkt: die allgemeine Krise. Sie ist wieder im Anmarsch, obgleich noch begriffen in den Vorstadien, und wird durch die Allseitigkeit ihres Schauplatzes wie die Intensität ihrer Wirkung selbst den Glückspilzen des neuen heiligen, preußisch-deutschen Reichs Dialektik einpauken."

Die Krisen der nächsten Zeit werden nicht nur der Bourgeoisie Dialektik einpauken, sondern sie werden an das dialektische Denken des Proletariats ihre hohen Anforderungen stellen. Wir müssen uns in dieser Zeit hüten zu vergessen, daß auch die Dialektik gelernt sein will und daß wir uns vor einer Begriffsmetaphysik und revolutionären Dogmatik hüten müssen, die aus revolutionären Begriffen starre Worte und aus Mitteln des Denkens Schablonen des Handelns machen will.

*) Karl Vorländer: Marx, Engels und Lassalle als Philosophen. Stuttgart. J. H. Dietz 1920. 84 Seiten. Preis 5 M.

Jimmie Higgins.

(Nachdruck verboten.)

Roman von Upton Sinclair.*)

20]

Doch war Jimmie nun bereits vorsichtiger geworden. Seine Gefängnisstrafe hatte so viel Leid über sein Heim gebracht, daß er gezwungen worden war, Lizzie einiges zu versprechen. Sie vermochte ihre Sorgen um die Kinder nicht mehr zu verschweigen; dies führte zu kleinen Reibereien und Jimmie verließ häufig über sein Los murrend das Haus. Was hat es für einen Sinn, eine Frau bilden zu wollen, deren Blick nicht weiter reicht als ihr Küchenherd? Wenn man sich in neblige Höhen des Heldenmuts erhob, ein Welterlöser werden wollte, zog sie einen hinunter, fesselte einen an den Alltag; riß einem Eifer und Begeisterung aus der Seele! Die Erinnerung an „Kitchen-Bienen" und die wässerige, übelriechende Suppe war irgendwie in den Hintergrund seines Geistes geglitten, er erlebte von neuem die erhabene Stunde, da er dem Gericht getrotzt und die Rechte des amerikanischen Bürgers gefordert hatte. Und es verlangte ihn, diese Tat äußerster Kühnheit richtig gewertet zu sehen. Die arme, blinde, häusliche Lizzie vermochte nicht mehr den innersten Seelenbedürfnissen ihres Mannes zu genügen.

Jimmie selbst war während der Zeit seiner Ehe so häuslich gewesen, wie dies ein Propagandist eben sein kann. Er sehnte sich nach einem eigenen Heim und mußte dieser Sehnsucht genügen, indem er im Hof aus einer Holzkiste ein Häuschen für Jimmie junior zimmerte. Er hatte sogar im Sommer, wenn die Tätigkeit der Ortsgruppe abflaute, an seinen müden, ruhebedürftigen Sonntagen ein Gärtchen angelegt. Jetzt aber erfüllte der Gedanke an den Krieg sein ganzes Sinnen und Trachten; er empfand tödliche Angst um die Zukunft der Menschheit, wurde von unsichtbaren Gewalten dem Martyrium und häuslichen Zwisten zugetrieben.

II

In dieser für Jimmies Leben kritischen Periode erschien in Leesville ein lebhaftes junges Geschöpf namens Evelyn Baskerville. Evelyn war keine übermüdete Küchenflavin, sie hatte wolliges braunes Haar, reizende Grübchen, eine hübsche Gestalt und trug den kleidsamen Hut mit der Hahnenfeder kühn und verwegen feitlings auf dem Kopf. Sie war eine Stenographistin, ihren Ansichten nach eine äußerst radikale Frauenrechtlerin; bereits in der ersten „geselligen Vereinigung" der Ortsgruppe, der sie beiwohnte, stellte sie alles auf den Kopf. Die Männer saßen rauchend umher, und das dreiste junge Ding ließ sich von seinem Begleiter eine Zigarette geben und paffte drauflos. In großen Kulturstädten wäre dies freilich nicht aufgefallen, Leesville jedoch sah zum erstenmal, daß die Gleichberechtigung der Frau auch die Annahme männlicher Laster bedeuten könne.

Dann zog Evelyn aus ihrem kleinen Sack etliche Flugblätter über die Geburtenkontrolle und verlangte, sie sollen in der Ortsgruppe verteilt werden. Dies war ein neues Thema für Leesville, theoretisch waren die Mitglieder ja einverstanden, doch berührte es sie peinlich, die Sache in der Oeffentlichkeit zu erläutern. Evelyn forderte einen „Geburtenstreik" als sicherstes Mittel, dem Kriege ein Ende zu machen; ihrer Ansicht nach mußte der „Arbeiter" diesen Punkt in sein Programm aufnehmen. Das junge Mädchen verbarg nicht seine Verachtung für die Reaktionäre der Bewegung, die noch immer vorgaben, daß der Storch die Kinder bringe. Das heikle Thema wurde schließlich geregelt, und als die Mitglieder von der Versammlung heimwärts strebten, sprachen alle über Fräulein Baskerville, die Männer untereinander, und die Frauen mit den Frauen.

Gar bald wurde offenkundig, daß die lebhafte, muntere, kleine Person es auf den Genossen Gerrity abgesehen habe; da dieser ein ehrbarer, nicht unbemittelter Junggeselle war, konnte man ihr dies weiter nicht verargen, doch ward nach einer Weile ersichtlich, sie habe auch Absichten auf den Genossen Claudel, den belgischen Goldarbeiter. Sicherlich hatte sie das Recht, ihre Wahl zu treffen, doch meinten die Frauen, sie überlege sich die Sache gar zu lange, und schließlich behaupteten boshafte Zungen, das Mädchen denke gar nicht daran, eine Wahl zu treffen, es wolle alle beide.

Und dann zuckte ein verheerender Blitzstrahl in Jimmies Leben. Kurz nach seiner Entlassung — noch umgab ihn der Glorienschein des Gefängnisses — trat Genossin Baskerville nach einer Versammlung auf ihn zu und begann mit ihm zu plaudern. Sie wollte wissen, wie er sich als Galgenvogel fühle. Als er antwortete: „Aeußerst wohl!", entgegnete sie, er möge nicht gar zu stolz sein, auch sie sei einen ganzen Monat gesessen, wegen Streikpostenstehens bei einem Näherinnenstreik. Ihre schönen braunen Augen lächelten ihn an. Die aufreizenden kleinen Grübchen verfehlten ihre Wirkung nicht. Der arme, bescheidene Jimmie erbebte bis zu den Zehen, noch nie hatte sich ein so entzückendes Geschöpf mit ihm abgegeben, es sei denn, er habe ihm eine Zeitung verkauft, oder es in seinen Landstreichertagen angebettelt. Dies war eines der Wunder des Sozialismus: alle Klassenschranken brachen zusammen und ließen den Blick auf höhere Welten der Kultur und der Schönheit frei.

Genossin Baskerville fuhr fort, Jimmie mit ihrem Lächeln und ihrem Witz zu beglücken, obgleich die Genossen Gerrity und Claudel samt etlichen anderen Motten ihr helles Licht umschwirrten, und alle Frauen der Ortsgruppe sie mit scheelen Augen betrachteten. Schließlich, zu Jimmies ungeheurer Verwirrung, fragte die muntere junge Freiheitsgöttin: „Wollen Sie mich heimbegleiten, Genosse Higgins?" Er stammelte: „Ja" und sie streiften ihrer Wohnung zu. Die junge Freiheitsgöttin befragte ihn über das Gefängnis und bewies erstaunliche Kenntnisse auf dem Gebiet ökonomischer Kriminalogie. Sie schien weder der unruhig flatternden Motten noch der Empörung der unemanzipierten weiblichen Mitglieder zu achten.

III

Sie schritten die Straße entlang; Genossin Baskerville schwärmte vor Entsetzen, da Jimmie von den „Bienen" berichtete, war begeistert über die Belehrung des einäugigen Mike und erfreut über das Singen der Internationale in den Zellen. Sie fragte sich, ob sie in diesem unscheinbaren kleinen Maschinisten eine Persönlichkeit entdeckt habe? Jedenfalls bestürmte sie ihn mit Fragen über seine Vergangenheit und seine Ideen. Da er von seiner vereinsamten, stets hungrigen Kindheit erzählte, murmelte sie teilnahmsvolle Worte, und es schien dem bezauberten Jimmie, hier sei eine Frau, die instinktiv alle Sehnsüchte seiner Seele verstehe. Sie legte die Hand auf seinen Arm — es war wie die Berührung eines Engels, seltsame kleine Schauer überliefen Jimmies kalten Leib.

Ja, die Genossin Baskerville vermochte seine Schmerzen zu begreifen, denn auch sie wußte, was leiden heißt. Als ganz junges Mädchen war sie ihrem, durch eine Stiefmutter unerträglich gewordenen Heim entlaufen und hatte auf eigenen Füßen stehen müssen. Deshalb kämpfte sie so eifrig für Frauenemanzipation — sie kannte die Versklavung ihres Geschlechtes aus eigener, bitterer Erfahrung. Theoretisch waren viele Männer für die Gleichberechtigung, in der Praxis aber arbeiteten sie dagegen, und was die Frauen selbst anbetraf — man brauchte sie nur in der hiesigen Ortsgruppe zu studieren, um zu erkennen, von welch beschränkten, bourgeoisen Ideen sie beherrscht werden. Jimmie wußte nicht recht, welche Ideen die Genossin Baskerville meine, er wußte bloß, daß ihre Stimme weich und melodisch sei und bis zu seiner Seele dringe.

Er sollte sie heimbegleiten, doch hatte er keine Ahnung, wo sie wohne und auch sie schien es für den Augenblick vergessen zu haben. Sie schlenderten ziellos dahin, sprachen von den wundervollen neuen Ideen, die Männer- und Frauengeister aufrüttelten. Was halte der Genosse Higgins von Probechen? Der Genosse Higgins hatte noch nie von derartigem gehört, er lauschte andachtsvoll, tapfer seine Bestürzung verbergend. „Und was geschieht mit den Kindern?" „Es braucht ja keine Kinder zu geben" — entgegnete die eifrige Feministin. „Es ist ein Verbrechen, gedankenlos Kinder in die Welt zu setzen." Sie habe vor, berichtete sie, die Arbeiterfrauen zu versammeln und sie über den technischen Teil dieser heiklen Frage zu belehren; inzwischen jedoch war sie bereit, die Sache jedem verlegenen, sich innerlich schämenden Mann, dessen sie habhaft werden konnte, zu erklären.

Jählings blieb sie stehen und rief: „Wo sind wir denn hingeraten?" Ein fröhliches Lachen begleitete die Entdeckung, wie weit sie vom Wege abgewichen waren. Sie kehrten um, schlugen diesmal den rechten Weg ein, und Genossin Baskerville predigte unentwegt weiter. Der arme Jimmie konnte sich vor Scham und Bestürzung gar nicht mehr aus. Er hatte sich für einen Radikalen gehalten, weil er die Expropriierung der Ausbeuter fordert, diese Pläne jedoch, die Zerstörung des Heims und jeglicher Konvention, versetzten ihn in Angst und Schrecken. Und dabei flüstert ihm dies ein reizendes, erstaunlich junges Geschöpf ins Ohr, eine weiche Hand lag auf seinem Arm, ein leuchtes Parfüm umschwebte ihn. Weshalb sagte sie gerade ihm all diese Dinge? Was meinte sie eigentlich? Was? Was? Was?

(Fortsetzung folgt.)

*) Als Buch im Verlag Kiepenheuer, Potsdam, erschienen.

Kleines Feuilleton.

Die Hetze gegen Einstein.

Die von Professor Einstein entdeckte und begründete Relativitätstheorie wird von einer Reihe alldeutscher Professoren mit geradezu teutscher Wut bekämpft. Sie haben eine sogenannte „Arbeitsgemeinschaft deutscher Naturforscher" gebildet, die jetzt mit einer Vortragsreihe in der Philharmonie in Berlin einen wahren Hakenkreuzfeldzug gegen Einstein und seine Lehre eröffnet hat. Der Auftakt war eine antisemitelnde Schimpfkanonade eines Herrn Paul Weyland, deren Dreckspritzerchen an der Bedeutung der das Weltbild umwälzenden Forschungen des großen Gelehrten völlig vorbeitrafen. Aber auch die wissenschaftlichen Einwände von Professor Gehrcke und anderer Vertreter der physikalischen Fachkreise, die noch folgen sollen, können Einsteins neue Erkenntnisse vielleicht korrigieren, aber nicht aus der Welt reden.

In einem Aufsatze im B. T. hat Professor Einstein nachgewiesen, daß seine Gegner den Mangel an sachlichen Einwänden durch persönliche Angriffe gegen ihn (Einstein ist Jude) zu ersetzen suchen. Wie das B. T. mitteilt, hat diese schäbige Kampfesweise Einstein derart angewidert, daß er die Absicht hat, Berlin den Rücken zu kehren. Das Berliner Tageblatt schreibt, mit Recht entrüstet, über diesen Erfolg der Hakenkreuz-Professoren: „So also steht es im Jahre 1920 um die geistige Kultur Berlins! Ein deutscher Gelehrter von Weltruf, den die Holländer als Ehrenprofessor nach Leiden berufen, dem die amerikanische Columbia-Universität die Große goldene Medaille verleiht, den schwedische und norwegische Gesellschaften zu ihrem Ehrenmitgliede ernennen, dessen Werk über die Relativitätstheorie als eines der ersten deutschen Bücher nach dem Kriege in englischer Sprache erscheint: ein solcher Mann wird aus der Stadt, die sich für das Zentrum deutscher Geistesbildung hält, herausgeekelt. Eine Schande!

„Wir können es noch nicht glauben, daß in dieser Angelegenheit die nicht nur für die Welt der Wissenschaft von Bedeutung ist, das letzte Wort gesprochen sein soll. Die Berliner Universität hat die Pflicht, alles zu tun, um diesen hervorragenden Lehrer und Gelehrten sich und Berlin zu erhalten. Und Albert Einstein, der über niedrigen Anpöbeln steht, wird hoffentlich nach ruhiger Ueberlegung seinen Feinden nicht den Gefallen erweisen, vor ihrem sinnlosen Geschrei den Platz zu räumen. Wer die Ehre deutscher Wissenschaft auch in Zukunft hochhalten will, muß jetzt zu diesem Manne stehen."

Freiwillige Krankenpflege im alten Babylon.

Als Beiträge zur babylonischen Wirtschaftsgeschichte sind in der Orientalischen Literaturzeitung 1920 einige Keilschrifttexte der Hammurabizeit in Umschreibung und Uebersetzung wiedergegeben, die aus dem Britischen Museum stammen, wo sie vor kurzem veröffentlicht worden sind. Einer dieser Texte lautet: „Lamazi, die Tochter des Japuhum, war krank. Hugalatum hat sie in ihrer Krankheit unterhalten (gepflegt) und hat an Hugalatum wegen der Pflege eine Mühle für Feinmehl, drei . . . Stühle, ein Bett, einen Rohrkasten gegeben. Alles dieses hat Lamazi, die Tochter des Japuhum, der Hugalatum der Tochter des Sumarah gegeben. Bei Samas, Ai, Marduk und Hammurabi schworen sie." Hugalatum war wohl eine Samaspriesterin, wie aus dem Texte weiter hervorgeht, und damit hat Lamazi sich auch dem Kloster erkenntlich gezeigt. Die Fürsorge für die Kranke muß aber durchaus freiwilliger Natur gewesen sein, denn die nach der Genesung zum Geschenk gemachten Gegenstände gehen in den persönlichen Besitz der freiwilligen Pflegerin über. Gleichartige Bestimmungen bei Adoptionen und Schenkungen lassen schließen, daß der Ausdruck „unterhalten" (gepflegt) sich auf Erfüllung aller Dienste bei der Kranken und um die Kranke bezog. Wir haben also hier (vor mehr als 4000 Jahren) den ältesten Fall einer freiwilligen Krankenpflege durch eine Klosterschwester oder Tempelpriesterin.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192008 30-15/fragment/page=0008